September 2010

zeitbild WISSEN

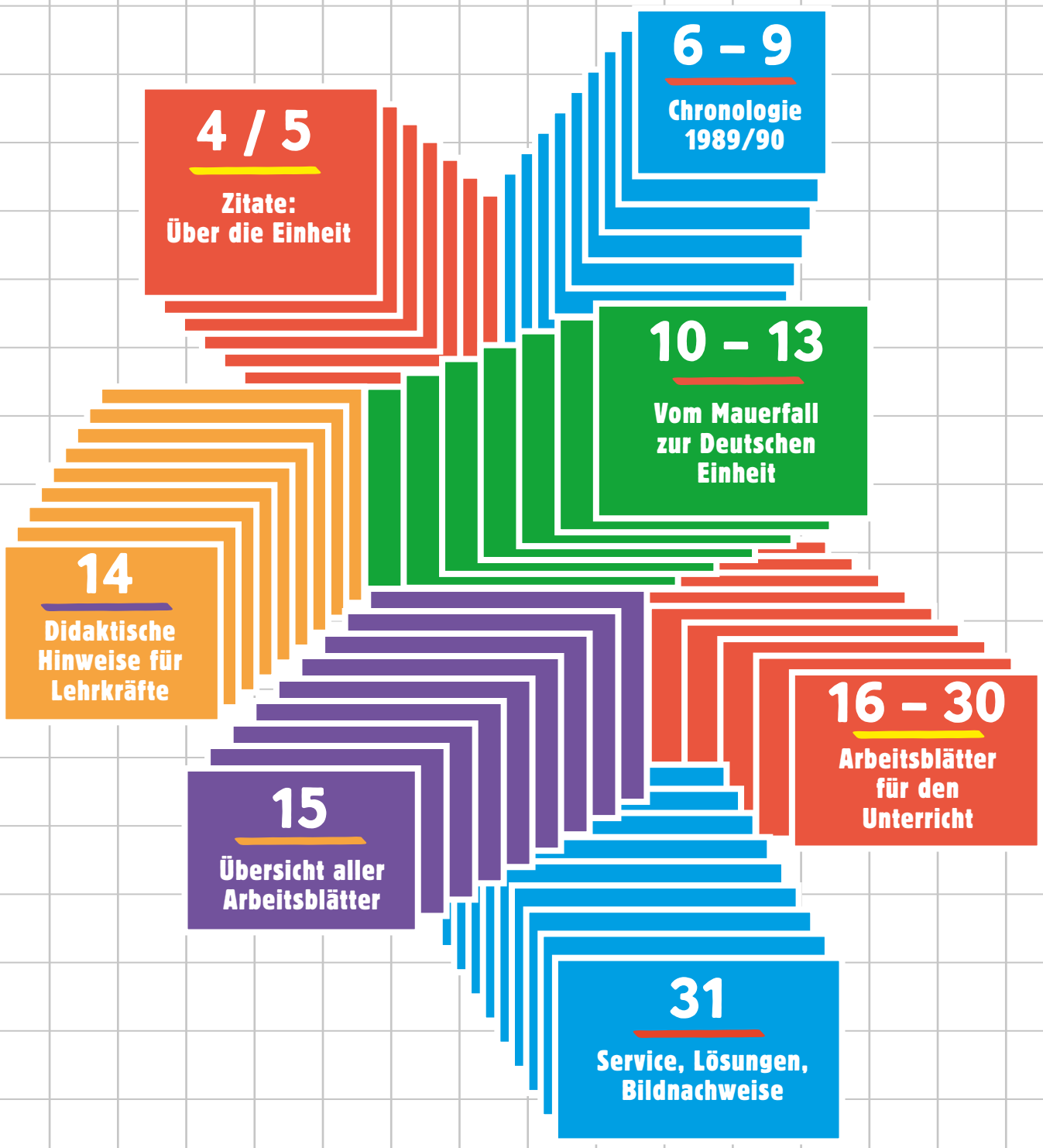
Jahrgang 52

1989/90

PROJEKT EINHEIT

Mit Kopiervorlagen für den handlungsorientierten Unterricht

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG


4 / 5
Zitate:
Über die Einheit
6 – 9
Chronologie
1989/90
10 – 13
Vom Mauerfall
zur Deutschen
Einheit
14
Didaktische
Hinweise für
Lehrkräfte
16 – 30
Arbeitsblätter
für den
Unterricht
15
Übersicht aller
Arbeitsblätter
31
Service, Lösungen,
Bildnachweise

Demokratie heute: Jugendliche für ein geeintes Europa! Vorstand des Europäischen Jugendparlaments e. V.

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, liebe Schülerinnen und Schüler!

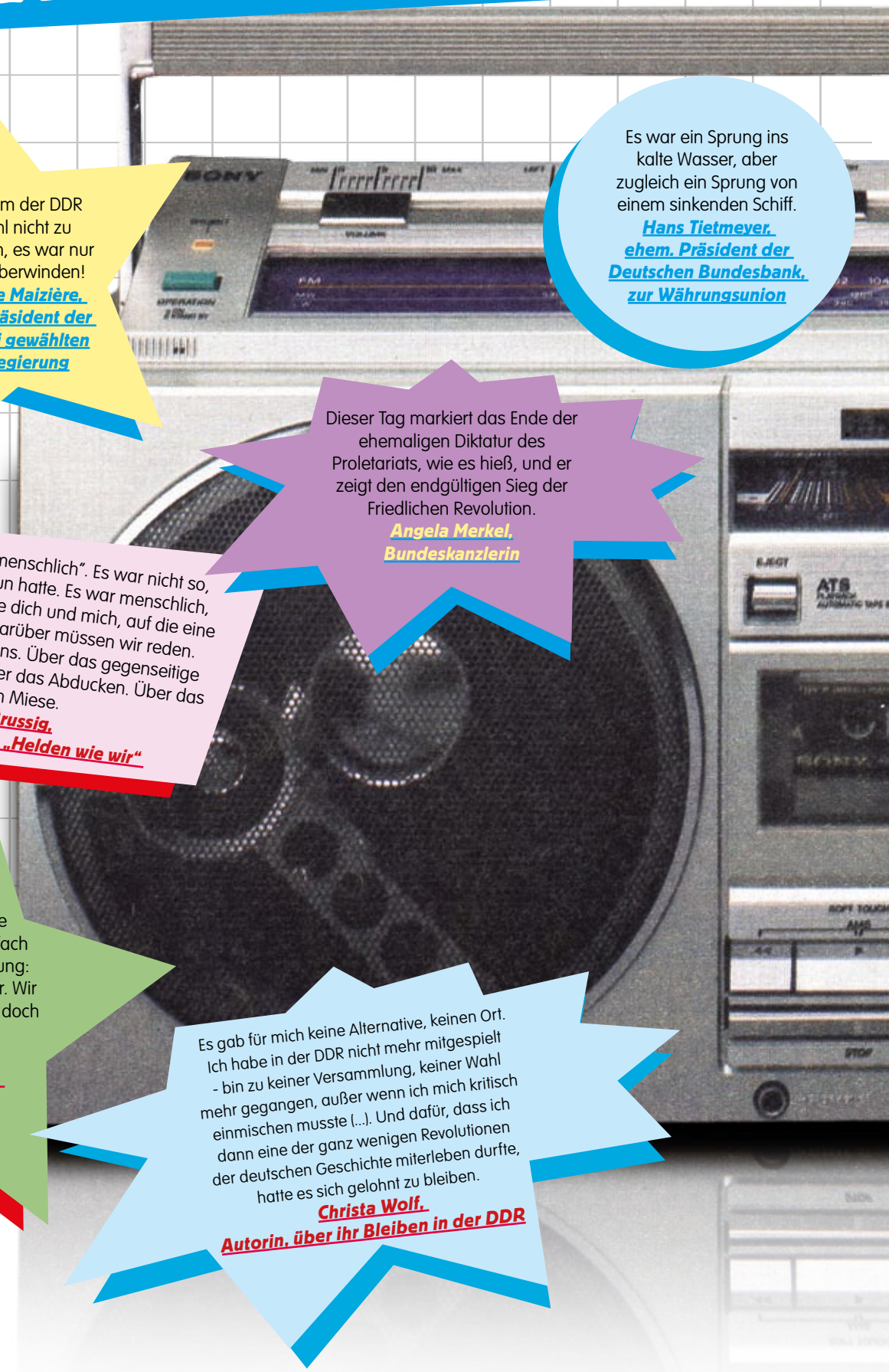
Vor Kurzem tagten wir vom Europäischen Jugendparlament in der Frankfurter Paulskirche, der Wiege der deutschen Demokratie. 250 Jugendliche aus über 30 Ländern Europas kamen an diesem historischen Ort zusammen, um aktuelle europäische Themen zu diskutieren, gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten und Wege zu finden, wie wir die Zukunft Europas aktiv mitgestalten können.

Wer hätte das vor 20 Jahren für möglich gehalten: Jugendliche aus der Ukraine, Polen und Tschechien treten zusammen mit Delegierten aus Deutschland, Frankreich und Italien für ein geeintes und friedliches Europa ein?! Damals war Deutschland noch geteilt. Die Berliner Mauer war das steingewordene Symbol für den Kalten Krieg und die Uneinigkeit Europas. Wie es schließlich zu der ersten erfolgreichen, demokratischen Revolution auf deutschem Boden kam, hat viele Gründe, vor allem aber durch das Engagement und den uneingeschränkten Willen der deutschen Bevölkerung. In dieser Umbruchszeit bildeten sich neue politische Gremien, an „Runden Tischen" wurde heiß diskutiert, viele Menschen waren in Bürgerrechts- und Umweltgruppen aktiv, um den Einigungsprozess mitzugestalten und mit über 90 Prozent war die Wahlbeteiligung bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 beispielhaft! Auch wenn ich all das noch nicht bewusst miterlebt habe, zeigt es mir und allen anderen jungen Menschen trotzdem, wie viel wir gemeinsam erreichen können.

Gerade im Rückblick auf die Geschichte der Einheit wird klar, dass Demokratie von der Mitgestaltung ihrer Bürger abhängig ist – auch und vor allem von der der Jugend. Im Europäischen Jugendparlament setzen wir uns deshalb dafür ein, die Basis Europas zu stärken und das Verständnis für ein demokratisches Miteinander in Europas unvergleichlicher Vielfalt zu verbessern. Wenn wir die Wiedervereinigung nicht als Endpunkt, sondern als Neuanfang begreifen, bietet Europa eine weitere Chance, der Demokratie neues Leben einzuhauchen und der Jugend eine Stimme zu geben, die für unsere weitere gesellschaftliche Entwicklung entscheidend ist.

Kerstin Mathias, Vorsitzende des Europäischen Jugendparlaments in Deutschland e. V.
(Foto: Mitte)

ÜBER DIE EINHEIT



Das System der DDR war wohl nicht zu reformieren, es war nur noch zu überwinden!
Lothar de Maizière, Ministerpräsident der ersten frei gewählten DDR-Regierung

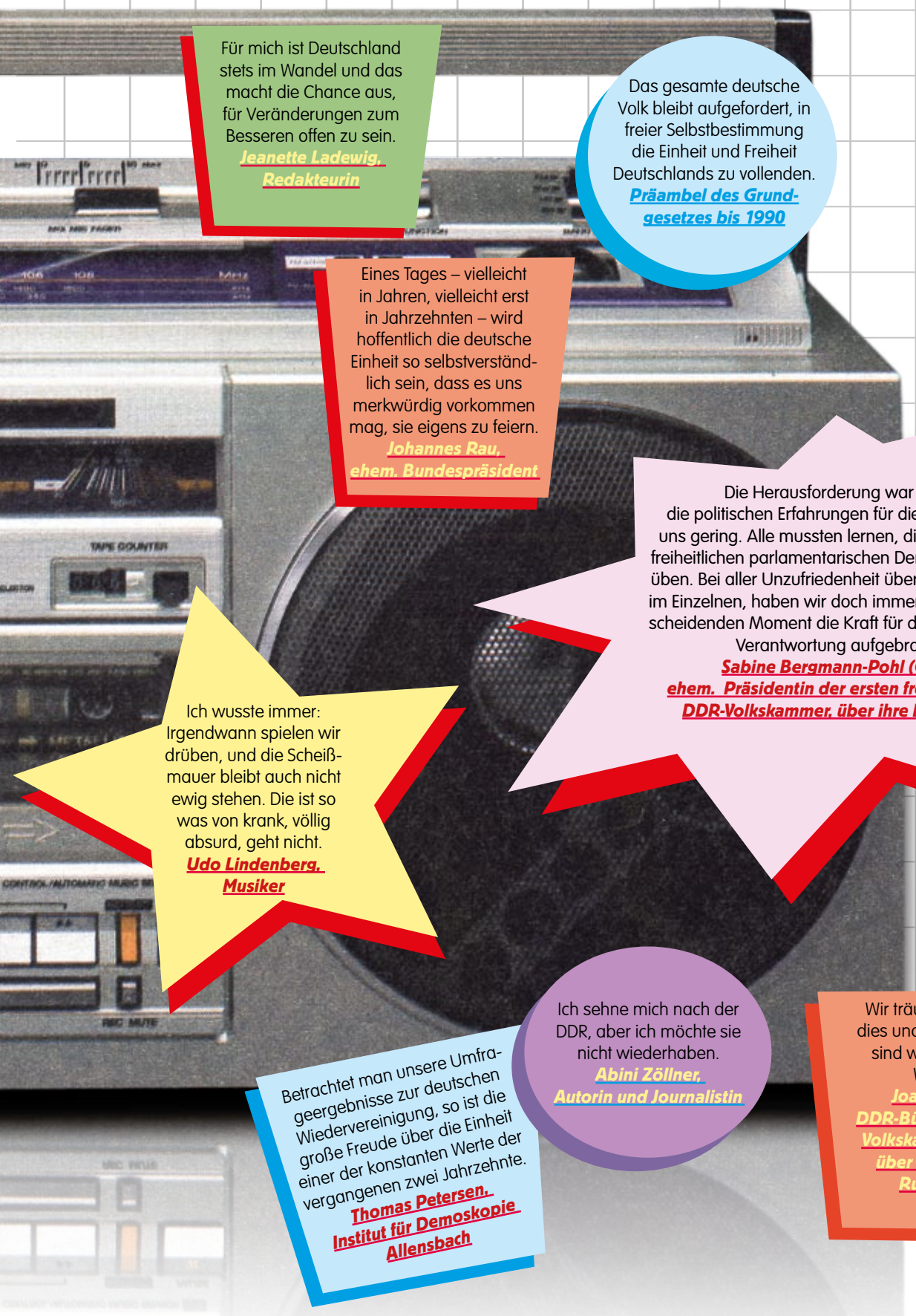
Es war ein Sprung ins kalte Wasser, aber zugleich ein Sprung von einem sinkenden Schiff.
Hans Tietmeyer, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, zur Währungsunion

Dieser Tag markiert das Ende der ehemaligen Diktatur des Proletariats, wie es hieß, und er zeigt den endgültigen Sieg der Friedlichen Revolution.
Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Das System war nicht „unmenschlich". Es war nicht so, dass es nichts mit uns zu tun hatte. Es war menschlich, es verwickelte Menschen wie dich und mich, auf die eine oder andere Weise. Und darüber müssen wir reden. Über dich und mich. Über uns. Über das gegenseitige Kränken und Demütigen. Über das Abducken. Über das menschlich Miese.
Thomas Brussig, Zitat aus dem Roman „Helden wie wir"

Insgesamt war die deutsche Einheit einfach eine grandiose Leistung: kein Schuss, kein Toter. Wir haben das als Nation doch toll gestemmt gekriegt.
Harald Schmidt, Kabarettist

Es gab für mich keine Alternative, keinen Ort. Ich habe in der DDR nicht mehr mitgespielt - bin zu keiner Versammlung, keiner Wahl mehr gegangen, außer wenn ich mich kritisch einmischen musste (...). Und dafür, dass ich dann eine der ganz wenigen Revolutionen der deutschen Geschichte miterleben durfte, hatte es sich gelohnt zu bleiben.
Christa Wolf, Autorin, über ihr Bleiben in der DDR



Für mich ist Deutschland stets im Wandel und das macht die Chance aus, für Veränderungen zum Besseren offen zu sein.
Jeanette Ladewig, Redakteurin

Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.
Präambel des Grundgesetzes bis 1990

Eines Tages – vielleicht in Jahren, vielleicht erst in Jahrzehnten – wird hoffentlich die deutsche Einheit so selbstverständlich sein, dass es uns merkwürdig vorkommen mag, sie eigens zu feiern.
Johannes Rau, ehem. Bundespräsident

Die Herausforderung war groß, die politischen Erfahrungen für die meisten von uns gering. Alle mussten lernen, die Regeln einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie einzuüben. Bei aller Unzufriedenheit über die Ergebnisse im Einzelnen, haben wir doch immer wieder im entscheidenden Moment die Kraft für die gemeinsame Verantwortung aufgebracht.
Sabine Bergmann-Pohl (CDU), ehem. Präsidentin der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer, über ihre Leistungen

Ich wusste immer: Irgendwann spielen wir drüben, und die Scheißmauer bleibt auch nicht ewig stehen. Die ist so was von krank, völlig absurd, geht nicht.
Udo Lindenberg, Musiker

Ich sehne mich nach der DDR, aber ich möchte sie nicht wiederhaben.
Abini Zöllner, Autorin und Journalistin

Betrachtet man unsere Umfrageergebnisse zur deutschen Wiedervereinigung, so ist die große Freude über die Einheit einer der konstanten Werte der vergangenen zwei Jahrzehnte.
Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

Wir träumten das Paradies und wach geworden sind wir in Nordrhein-Westfalen.
Joachim Gauck, DDR-Bürgerrechtler und Volkskammer-Mitglied, über den Zentralen Runden Tisch

07.05.1989
Kommunalwahlen in der DDR – Oppositionelle Bürgerrechtsgruppen können die Fälschung der Wahlergebnisse nachweisen. Die Proteste münden in die Demonstrationen des Herbstes 1989.

11.09.1989
Ungarn öffnet seine Westgrenze. Bis Monatsende fliehen ca. 30 000 Menschen über die ungarisch-österreichische Grenze, weitere flüchten in die deutschen Botschaften in Prag und Warschau.

30.09.1989
Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag die Ausreisegenehmigung für die Botschaftsflüchtlinge.

28.11.1989
Bundeskanzler Helmut Kohl stellt das Zehn-Punkte-Programm vor, in dem ein sukzessiver Prozess zur Wiedergewinnung der Deutschen Einheit umrissen wird.

01.12.1989
Volkskammer streicht den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

03.12.1989
Ausschluss von Erich Honecker, Willi Stoph, Erich Mielke und anderen Spitzenfunktionären aus der SED.

02./03.12.1989
Auftakt einer neuen Ära amerikanisch-sowjetischer Beziehungen beim Gipfeltreffen von US-Präsident Bush und Staatspräsident Gorbatschow vor Malta. Beide Politiker schließen vorab aus, ein Europa-Konzept ohne die Europäer festzulegen: Es gibt kein „von Jalta nach Malta".

04.12.1989
Bürgerrechtler besetzen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Art. 23 GG Art. 146 GG
Rasch wurde klar, dass die Frage nicht mehr lautete ob, sondern wie die Wiedervereinigung stattfinden sollte: über einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 Grundgesetz oder durch eine Vereinigung mit einer neuen, gesamtdeutschen Verfassung nach Art. 146 Grundgesetz.
Bei einer neuen Verfassungsgebung hätte das Grundgesetz seine Geltung verloren. Die Befürworter dieses Weges pochten auf eine gleichberechtigte Mitgestaltung der Ostdeutschen am gemeinsamen Neubeginn. Ihre Gegner beriefen sich auf die Qualität des Grundgesetzes und warnten vor einer Relativierung der Freiheitswerte. Ein wichtiges Argument für einen raschen Beitritt war das kurze historische Zeitfenster. Niemand wusste, wie viel Zeit noch zum Handeln blieb.

08.01.1990
Erste Montagsdemonstration im neuen Jahr. 150 000 Teilnehmer fordern in Leipzig „Deutschland, einig Vaterland".

15.01.1990
Demonstranten erstürmen die MfS-Zentrale in Berlin, um die Vernichtung von Stasi-Akten zu verhindern.

29.01.1990
Verhaftung Honeckers, aber rasche Entlassung wegen Haftunfähigkeit. 14 Mitglieder des ehem. Politbüros sind bereits in Haft.

07.10.1989
40. Jahrestag der DDR. In mehreren Städten kommt es zu Demonstrationen für politische Reformen, die von bewaffneten Sicherheitskräften brutal aufgelöst werden.

30.10.1989
Dem Politbüro wird die „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen", der sogenannte „Schürer-Bericht", vorgelegt. Die ungeschminkte Darstellung der wirtschaftlichen Situation zeigt: Die DDR steht vor dem Bankrott.

04.11.1989
Größte Demonstration in der vierzigjährigen Geschichte der DDR: Auf dem Berliner Alexanderplatz demonstriert fast eine halbe Million Menschen!

07./08.11.1989
Rücktritt der DDR-Regierung.

09.11.1989
Tag des Mauerfalls.

Zentraler Runder Tisch

Auf Drängen der Bürgerbewegungen wurde in Ost-Berlin ein „Zentraler Runder Tisch" nach dem Vorbild Polens und Ungarns eingerichtet. Das neue Gremium, in dem Abgesandte der „alten Kräfte" Delegierten von zunächst sieben Oppositionsgruppierungen gegenüber saßen, sollte die Regierung Modrow bis zu den Volkskammerwahlen kontrollieren und bei einer demokratischen Umgestaltung der DDR mitwirken.
So konnte die Opposition ihre Forderungen nach einer neuen Verfassung, freien Wahlen und der Auflösung des bisherigen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) - nun Amt für Nationale Sicherheit - in die breite Öffentlichkeit tragen und ihnen Gewicht verleihen.

07.12.1989
Regierungs- und Oppositionsvertreter treffen erstmals am „Zentralen Runden Tisch" in Berlin aufeinander, um Lösungen „zur Überwindung der Krise" zu diskutieren.

16./17.12.1989
Die SED wird in SED-PDS umbenannt, Gregor Gysi Parteivorsitzender.

19./20.12.1989
Erstes deutsch-deutsches Gipfeltreffen nach dem Mauerfall, mit Helmut Kohls berühmter Rede vor der Frauenkirche in Dresden.

19.12.1989
Der sowjetische Außenminister Schewardnadse betont im Brüsseler NATO-Hauptquartier das Ende des Kalten Krieges und warnt vor einer schnellen Wiedervereinigung.

01.02.1990
Das neue Reisegesetz tritt in Kraft. DDR-Bürger können frei ein- und ausreisen.

05.02.1990
Acht Oppositionsvertreter des „Zentralen Runden Tisches" werden in die Regierung mit aufgenommen.

10./11.02.1990
Bundeskanzler Kohl trifft Staatspräsident Gorbatschow in Moskau: UdSSR stimmt der Wiedervereinigung zu.

20.02.1990
Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes. Damit werden die ersten freien und geheimen Wahlen der DDR möglich.

24./25.02.1990
Bundeskanzler Kohl bei US-Präsident Bush: USA begrüßt die Deutsche Einheit; Deutschland soll volles NATO-Mitglied bleiben; Alliierte und UdSSR sollen am Einigungsprozess beteiligt werden.

01.03.1990

Beschluss des Ministerrats zur Gründung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum" (Treuhand-Anstalt). Volkseigene Betriebe werden zu Kapitalgesellschaften umgebaut.

18.03.1990

Erste freie und demokratische Wahl zur DDR-Volkskammer.
Sieg für die „Allianz für Deutschland" (DA, DSU und CDU), die sich für einen raschen Beitritt der DDR zur BRD nach Art. 23 Grundgesetz einsetzt.

31.03.1990

Entlassung fast aller Stasi-Mitarbeiter; wenige werden weiterbeschäftigt, um die Auflösung des MfS abzuwickeln.

12.04.1990

Lothar de Maizière wird Ministerpräsident.

28.04.1990

Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten stimmen in Dublin der deutschen Wiedervereinigung vorbehaltlos zu.

16.05.1990

Bund und Länder beschließen den „Fonds Deutsche Einheit": 115 Milliarden DM sollen die Kosten der Wiedervereinigung bis 1994 decken.

13.06.1990

Der Abriss der Berliner Mauer beginnt.

21.07.1990

The Wall-Konzert der britischen Rockband „Pink Floyd" auf dem Potsdamer Platz; bis heute das einzige Konzert auf einer Bühne in zwei Staaten - rund 300 000 Zuschauer sind live dabei.

22.07.1990

Ländereinführungsgesetz für die fünf Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

23.08.1990

Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG.

31.08.1990

Unterzeichnung des Einigungsvertrages.

Ende der Staatssicherheit

Der Niedergang der DDR führte auch zum Ende des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das als politischer Geheimdienst an der Spitze des Repressionsapparats der SED gestanden hatte. Auch seine Nachfolgeorganisation, das „Amt für Nationale Sicherheit", wurde auf Druck des „Zentralen Runden Tisches" bereits kurz nach seiner Gründung wieder aufgelöst.
Um zahlreiche Stasi-Akten vor der Vernichtung zu bewahren, besetzten Bürgerrechtler zunächst regionale Dienststellen und stürmten am 15. Januar 1990 die Zentrale der ehemaligen Staatssicherheit in Berlin. Dieser revolutionäre Bürgerwille ermöglichte die Sicherung und kontrollierte Öffnung der Stasi-Akten, die seit Januar 1992 von den Opfern eingesehen werden können.

05.05.1990
Auftakt der „Zwei-Plus-Vier"-Gespräche in Bonn.

06.05.1990
Kommunalwahlen in der DDR.

Zwei-Plus-Vier

Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der beiden deutschen Staaten sowie der Siegermächte des 2. Weltkrieges – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – den Zwei-plus-Vier-Vertrag „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland".
Er klärte die außenpolitischen Grundsatzfragen der deutschen Vereinigung und entsprach einer abschließenden friedensvertraglichen Regelung zwischen Deutschland und den früheren Kriegsalliierten. Deutschland erlangte damit die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

01.07.1990
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Staatsvertrag) tritt in der DDR in Kraft: D-Mark wird alleiniges Zahlungsmittel.

22.06.1990
Abbau des Grenzübergangs „Checkpoint Charlie" in Berlin im Beisein der „Zwei-Plus-Vier"-Außenminister.

28.06.1990
Festschreibung demokratischer Grundprinzipien durch die KSZE-Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen.

15./16.07.1990
Bundeskanzler Kohl erzielt Einigung mit Präsident Gorbatschow: UdSSR akzeptiert Deutschlands NATO-Mitgliedschaft.

12.09.1990
Unterzeichnung des „Zwei-Plus-Vier"-Vertrages „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland".

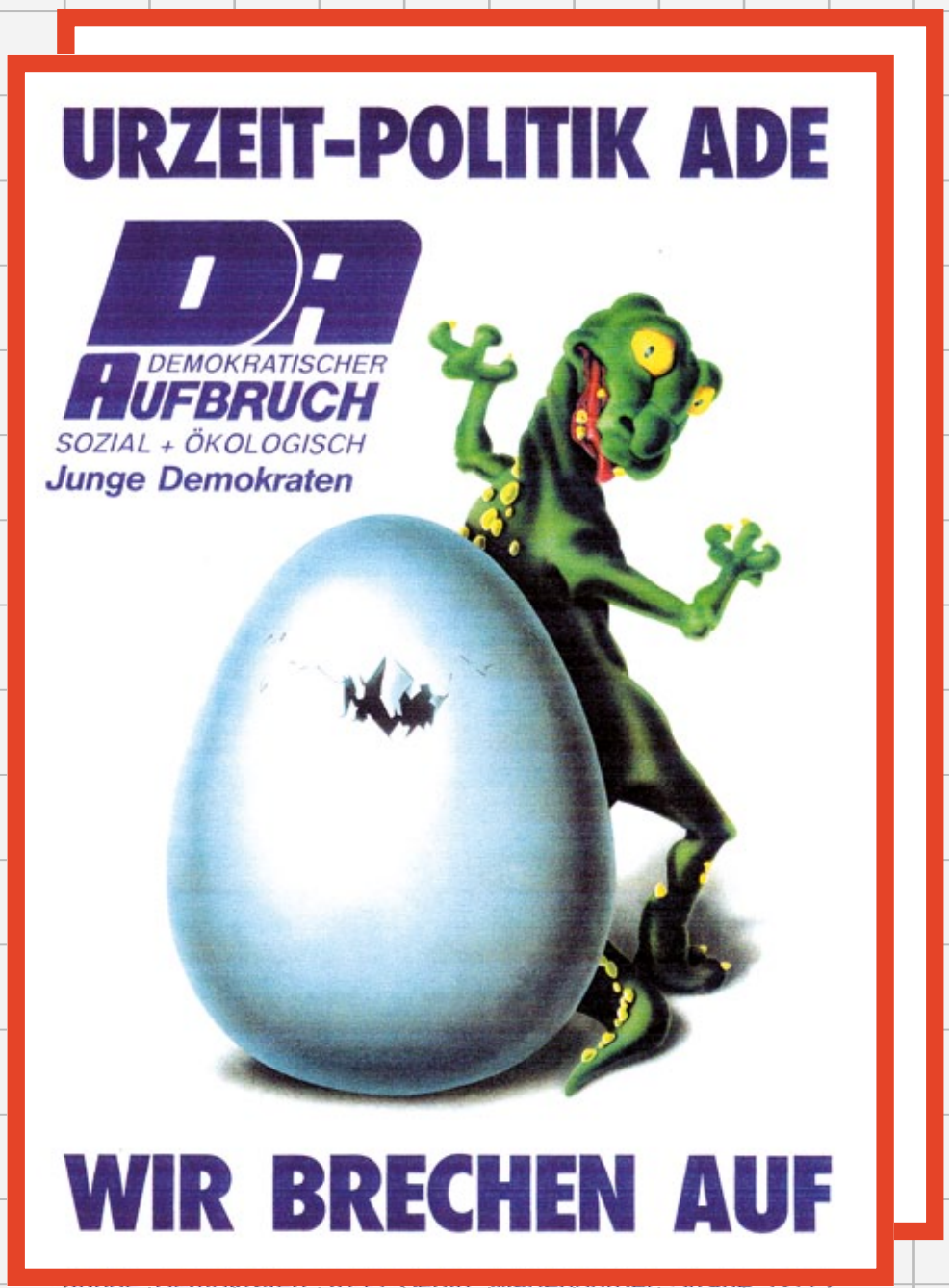
13.09.1990
Außenminister Genscher und Außenminister Schewardnadse vereinbaren einen Zusammenarbeits- und Nichtangriffsvertrag „über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit".

24.09.1990
Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt.

02.10.1990
Berlins Vier-Mächte-Status erlischt.

03.10.1990
Tag der Deutschen Einheit: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und damit Ende der Spaltung Deutschlands. Das Grundgesetz gilt jetzt für ganz Deutschland.

VOM MAUERFALL ZUR DEUTSCHEN EINHEIT



Das System bricht zusammen

Nach den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 geben Bürgerrechtler öffentlich bekannt, dass die Wahlergebnisse von der SED gefälscht wurden. Der Zorn in der Bevölkerung wächst. Im Sommer 1989 beginnt ein Prozess, der innerhalb weniger Wochen dramatische Ausmaße annimmt und die politische Karte Europas grundlegend verändern wird: der Zerfall der DDR.

Die sogenannte „Abstimmung mit den Füßen", die von Beginn an untrennbar zur Geschichte der DDR gehört hat, wird jetzt zur Massenflucht. Bis Ende September 1989 kommen über 25 000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Die Fluchtbewegung zieht eine Protestbewegung nach sich. Die Menschen demonstrieren wütend und lassen sich auch von der Brutalität der Staatssicherheit nicht davon abhalten. Doch als am 9. Oktober in Leipzig 70 000 Menschen – weit mehr als die Sicherheitskräfte erwartet hätten – demonstrieren, greifen die bewaffneten Einheiten nicht ein. Der Bann ist gebrochen. ***Damit war das Ende der SED-Herrschaft besiegelt.***

Überall in der DDR werden Oppositionsgruppen gegründet. Die Autorität der Staats- und Parteiführung zerfällt. Am 18. Oktober verliert Honecker alle seine Ämter. Egon Krenz wird sein Nachfolger. Die bis dahin uneingeschränkte Macht der SED bricht wie ein Kartenhaus zusammen. Nach 40 Jahren wird die DDR von ihrem Kernproblem eingeholt: die fehlende demokratische Legitimation der Machthaber.

Hunderttausende gehen für ihre Forderungen nach einer demokratischen Erneuerung der DDR auf die Straße. Einen Höhepunkt finden die Demonstrationen am 4. November in Ost-Berlin: eine halbe Million Menschen erhebt ihre Stimme für die Demokratie.

Nur drei Tage danach tritt die Regierung der DDR, am 8. November auch das SED-Politbüro, geschlossen zurück. Am 9. November muss die DDR-Regierung dem Druck der Massen nachgeben. Mit ihrer verklausulierten Bekanntgebung der Grenzöffnung erklärt die SED gleichzeitig das Scheitern ihrer jahrzehntelangen Politik der Abgrenzung, der Abschottung und des Einsperrens der eigenen Bevölkerung.

Die Mauer fällt

Am 9. November fällt die Mauer in Berlin. Um 19.07 Uhr geht über die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN die Meldung, dass die DDR die Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin öffnet. Zuerst glaubt kaum jemand daran, doch dann brechen alle Dämme. Tausende strömen über die Grenzübergänge nach West-Berlin. Die Stadt verwandelt sich in ein einziges großes Jubelmeer: Wildfremde liegen sich in den Armen, Leuchtraketen und Böller werden gezündet und aus vielen Fenstern wehen plötzlich schwarz-rot-goldene Fahnen. Am 10. November wirbt Bundeskanzler Kohl in einer Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses in Berlin für Besonnenheit und Klugheit. Die neue Situation soll und darf nicht zu unkontrollierten Ereignissen und zu Konflikten mit der Sowjetunion führen, die in der DDR mit einer halben Million Soldaten präsent ist.

Innerhalb einer Woche nach dem Fall der Mauer reisen neun Millionen Menschen aus der DDR ins Bundesgebiet und nach West-Berlin. Hans Modrow (SED) wird als Nachfolger Willi Stophs Vorsitzender des DDR-Ministerrats. In seiner Regierungserklärung vom 17. November bezeichnet er die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Durchsetzung demokratischer Reformen als Hauptaufgaben. Er schlägt der Bundesregierung eine umfassende „Vertragsgemeinschaft" vor. Auf den Demonstrationen fordern jedoch bereits Hunderttausende die Wiedervereinigung Deutschlands.

Kohls Zehn-Punkte-Programm

Am 28. November 1989 legt Bundeskanzler Kohl dem Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik vor. Er spricht von „konföderativen Strukturen" und dem Ziel, „eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland" zu schaffen. Der Kanzler bezeichnet die „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands" als das politische Ziel seiner Regierung und betont die Notwendigkeit, den deutschen Einigungsprozess in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Im In- und Ausland herrscht Überraschung; das internationale Echo auf den Plan ist auch unter den Freunden und Verbündeten zunächst sehr zurückhaltend. Aber bald schon zeigt sich, dass der Bundeskanzler mit dieser Rede programmatisch den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands bereitet hat.

Beratungen am „Zentralen Runden Tisch"

Am 7. Dezember wird der „Zentrale Runde Tisch" gebildet, an dem sich „alte" und „neue" Kräfte gegenübersitzen. Das neue Forum gewinnt zunehmend Einfluss auf die Regierungspolitik der DDR. Die vertretenen Bürgerbewegungen fordern – zentral in Berlin und auf lokaler Ebene an vielen Orten der DDR – demokratische Reformen, die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, eine neue Verfassung und ein neues Wahlgesetz. Gleichzeitig bemühen sich die ehemaligen Blockparteien um ein eigenständiges Profil. Die SED, deren neuer Chef, Egon Krenz, alle seine Partei- und Staatsämter schon wieder verloren hat, benennt sich in SED-PDS um. Das zusätzliche Kürzel steht für „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS).

„Wir sind ein Volk"

Im neuen Jahr verschärft sich die Krise der DDR. Die wirtschaftliche Situation spitzt sich zu, die Staatsautorität zerfällt, die Versorgung wird kritisch. Die Ausreisezahlen schnellen erneut in die Höhe. Am 15. Januar demonstrieren 150 000 Menschen in Leipzig mit der Parole ***„Deutschland, einig Vaterland"*** und unter dem Motto ***„Wir sind ein Volk"*** für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Ebenfalls am 15. Januar stürmen Demonstranten in Ost-Berlin die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes, um die Vernichtung der Akten zu verhindern. Die Auflösung der „Stasi" hatte im Dezember 1989 bereits begonnen; zu dem von Modrow geplanten Aufbau eines neuen Nachrichtendienstes kommt es wegen heftiger Bürgerproteste erst gar nicht mehr.

Modrow tritt die Flucht nach vorn an. Unter Einschluss von Vertretern des „Zentralen Runden Tisches" bildet er nun eine „Regierung der Nationalen Verantwortung", macht sich Ende Januar das Motto „Deutschland einig Vaterland" zu eigen und legt einen eigenen Konföderationsplan vor. Der Termin für die Volkskammerwahlen wird auf den 18. März vorverlegt.

Genau dies ist auch das Kennzeichen der folgenden Monate: Das Tempo der Entwicklung wird immer schneller. Die Ereignisse überholen alle Planungen, Termine sind – kaum beschlossen – schon wieder gegenstandslos. Das Zehn-Punkte-Programm von Ende November muss rasch den sich überschlagenden Entwicklungen angepasst werden.

Freie Wahlen

Der 18. März 1990 ist der Tag der ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR. Bei über 93 Prozent Wahlbeteiligung endet die Volkskammerwahl mit einem Sieg der „Allianz für Deutschland" (CDU, DSU, DA), die für eine rasche Wiedervereinigung einstand. Dagegen werden alle anderen Parteien, die für eine langsame, stufenweise Vereinigung oder für einen Staatenbund eintraten (SPD, Bündnis 90, PDS), von den Wählern regelrecht abgestraft.

In den Wochen nach der Wahl gelingt dem CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière die Bildung eines Kabinetts der großen Koalition (CDU, DSU, DA, SPD, Liberale). Er selbst wird zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Als Wegbereiter der Einheit wird die neu gewählte Volkskammer ***„das fleißigste Parlament der Geschichte"***. Unter Hochdruck machten sich die Abgeordneten an eine Aufgabe von allergrößter historischer Bedeutung: Die DDR musste aus eigener Kraft die Strukturen der Diktatur überwinden, sich selbst demokratisieren und in einen freiheitlichen Rechtsstaat verwandeln, ehe an eine Vereinigung mit dem Westen Deutschlands zu denken war.

Mit der Volkskammerwahl endet auch die Arbeit des „Zentralen Runden Tischs". Die realen Entwicklungen sind indes vielen Forderungen der Bürgerbewegungen vorausgeeilt. Es geht längst nicht mehr um innere Reformen in der DDR, sondern um die Frage, wie und auf welchem Weg die Vereinigung mit der Bundesrepublik herbeigeführt werden kann.

Der Druck steigt

„Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr." – diese Parole taucht immer häufiger bei öffentlichen Kundgebungen auf. Die Menschen in der DDR demonstrieren auf diese Weise für eine rasche Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik. Tatsächlich hat die DDR seit Jahresbeginn wieder mit einer dramatischen Abwanderung zu kämpfen. Allein im Januar 1990 kommen 58 043 Menschen in die Bundesrepublik Deutschland; bis zum 15. März steigt ihre Zahl auf 141 772. Nach der Wahl geben die neue Regierung in der DDR und die Aussicht auf die nahende Deutsche Einheit den Menschen wieder etwas Vertrauen in die Zukunft. Viele bleiben so in der angestammten Heimat.

Internationale Verhandlungen

Am 5. Mai beginnen in Bonn auf der Ebene der Außenminister die „Zwei-plus-Vier-Gespräche". Der angestrebte Vertrag soll die bisher geltenden originären Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin aufheben und dem wiedervereinigten Deutschland die volle Souveränität zurückgeben. Die Deutschen aus Ost und West sitzen als gleichberechtigte Partner am Verhandlungstisch. Zwar hatte Michail Gorbatschow bereits bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher am 10. Februar erklärt, dass die Sowjetunion die Deutsche Einheit respektieren wird, allerdings lehnt der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO ausdrücklich ab; die Frage der Bündniszugehörigkeit muss zunächst vertagt werden.

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Am 18. Mai unterzeichnen die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Lothar de Maizière nennt die Einführung der D-Mark, der dynamischen Rente und der Arbeitslosenversicherung in der DDR eine „großzügige politische Geste der Bundesrepublik Deutschland". Niemand dürfe vergessen, wie wenig die Mark der DDR wirklich wert sei. ***„Wir konnten und können nicht so weitermachen wie bisher."*** Seit der Öffnung der Mauer sind nur sechs Monate und neun Tage vergangen. Und seit der erst kurze Zeit zurückliegenden Regierungserklärung de Maizières ist Tag und Nacht an dem Vertrag gearbeitet worden. Die Krise der DDR-Wirtschaft, der anhaltende Ausreisedruck und der zunehmende Verfall ihrer inneren Ordnung haben ein weiteres Mal alle Zeitpläne über den Haufen geworfen.

Der Zug in Richtung Einheit beschleunigt sich

Am 17. Juni schafft die Volkskammer zwecks Privatisierung und Reorganisation des bisherigen „Volkseigentums" die Treuhandanstalt. Ihr obliegt fortan die gigantische Aufgabe, über 13.000 bislang „volkseigene Betriebe" je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu privatisieren, zu sanieren oder stillzulegen. Eine ganze Volkswirtschaft muss den Sprung von der Planwirtschaft und vom „Volkseigentum" in die Soziale Marktwirtschaft und in den internationalen Wettbewerb schaffen.

Am 1. Juli 1990 tritt der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. In der DDR beginnt der Ansturm auf die D-Mark. Schon in der Nacht warten 10.000 Menschen auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin auf die Öffnung der ersten Bankfiliale. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrags entfallen die bisherigen Personenkontrollen. Die Deutschen können die Grenzen zwischen beiden Staaten sowie zwischen West- und Ost-Berlin ungehindert und unkontrolliert überschreiten. Mitten in Europa, an der „gefährlichsten Grenze der Welt", wo sich über vierzig Jahre lang die Militärblöcke hochgerüstet gegenüber standen, hat sich in weniger als acht Monaten ein politisches Wunder vollzogen.

Nur wenige Tage zuvor hatten die beiden deutschen Parlamente mit überwältigender Mehrheit die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze beschlossen. Dies war eine unerlässliche Voraussetzung für die Zustimmung der europäischen Nachbarn und der Verbündeten zur Deutschen Einheit.

Mit der Neugründung der 1952 von der SED abgeschafften Länder wandelt sich die DDR von einem zentralistischen Staat zu einem föderal gegliederten Bundesstaat und verabschiedet sich so von einer weiteren Hinterlassenschaft der SED-Diktatur.

Beschluss zum Beitritt

In einer nächtlichen Sondersitzung beschließt die Volkskammer am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes; dies soll am 3. Oktober 1990 geschehen. Die Feststellung des PDS-Chef Gysi, ***„Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober beschlossen"***, hat einen nicht beabsichtigten Effekt: Die meisten Abgeordneten antworten mit Jubel und Beifall. Bereits am 16. Juli hatten Kanzler Kohl und Außenminister Genscher nach zweitägigen Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau und im Kaukasus die Zustimmung der Sowjetunion zum Verbleib Deutschlands in der Nato erhalten. Das machte den Weg frei für die Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier"-Vertrags „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland", die am 12. September 1990 in Moskau erfolgt. 33 Tage vor dem Beitritt setzen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause ihre Unterschriften unter den Einigungsvertrag. Er regelt auf mehr als 1.000 Seiten und in einer Reihe von Anlagen bis ins Detail die mit dem Beitritt der DDR verbundenen Fragen. In einem politischen Kraftakt ohnegleichen sind in weniger als zwei Monaten die Rechtsgrundlagen für die Vereinigung beider Staaten geschaffen worden.

3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit

Zug um Zug tritt die DDR von der internationalen Bühne ab: Am 24. September verlässt sie das östliche Militärbündnis, den Warschauer Pakt; am 2. Oktober löst sich die Volkskammer auf. Dabei bündelt sich in der kurzen Zeremonie, mit der das Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Pakt besiegelt wird, wie unter einem Brennglas noch einmal der ungeheure Wandel der vergangenen Monate: Denn neben dem sowjetischen Oberkommandierenden des Warschauer Pakts, Armeegeneral Pjotr Luschew, unterzeichnet mit Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung, einer der bekanntesten Dissidenten aus der Zeit der SED jenes Protokoll, mit dem der östliche Teil Deutschlands seinen Weg in die NATO antritt.In der Nacht zum 3. Oktober feiern Hunderttausende in Berlin. Um Mitternacht wird die schwarz-rot-goldene Fahne aufgezogen. Die Deutsche Einheit ist Wirklichkeit – durch demokratische Entscheidungen und vertragliche Übereinkünfte.

Ende des Kalten Krieges

Den Schlusspunkt unter die außenpolitischen Umwälzungen in Europa setzen die 34 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Gipfelkonferenz bei ihrem Treffen in Paris vom 19. bis 21. November 1990. Die Gewaltverzichtserklärung der Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt beendet feierlich den Kalten Krieg. In der von allen Teilnehmerstaaten unterzeichneten „Charta für ein neues Europa" bekennen sich die Staats- und Regierungschefs zu einer Wertegemeinschaft von Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit sowie ausdrücklich zu Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Deutschlands neue Rolle wird erstmals auf internationaler Bühne bestätigt. „Mit großer Genugtuung" nehmen die KSZE-Staaten zur Kenntnis, dass sich das deutsche Volk „in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn zu einem Staat vereinigt hat".

DIDAKTISCHE HINWEISE FÜR LEHRKRÄFTE

Die folgenden Arbeitsblätter sind als Kopiervorlagen für einen handlungsorientierten Unterricht konzipiert. Sie können an der perforierten Linie herausgetrennt und unabhängig voneinander eingesetzt werden. Zudem eignen sie sich für Ihre persönliche Unterrichtsvorbereitung.

Anhand von Originalquellen, Statistiken, Karikaturen und zusätzlichen Erläuterungen erhalten die Schülerinnen und Schüler vertiefende Informationen zu den im Magazin behandelten Themen. Zahlreiche jugendgerechte Aufgaben regen eine selbstständige und differenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Deutschen Einheit und den Folgen der SED-Diktatur an.

Im Mittelpunkt stehen die beiden Transformationsprozesse von der Diktatur zur Demokratie und von der Zentralen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Weitere Themen sind die ökologischen und sozialen Entwicklungen seither, die Bewertung der Deutschen Einheit aus heutiger Sicht und die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Damals tagesaktuelle Schlagzeilen leiten jedes Arbeitsblatt ein und verdeutlichen gemeinsam mit Auszügen aus Originaldokumenten (z. B. Volkskammer-Beschlüsse, Staatsverträge, Schürer-Bericht) die Prozesshaftigkeit des Geschehens: Die Deutsche Einheit war nicht „plötzlich da", sondern ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen, von Bürgerwillen und politischen Verhandlungen.

ARBEITSBLATT 1
eignet sich zum Einstieg in das Thema. Aktuelle Umfragen geben Antwort auf die Frage „Wie wird die Einheit bewertet?"

ARBEITSBLATT 2
stellt die ersten institutionalisierten Schritte zur Selbstdemokratisierung in der DDR vor und zeigt gleichzeitig auf, dass die realen Entwicklungen im Jahr 1990 die „Forderungen am ‚Zentralen Runden Tisch'" überholten.

ARBEITSBLATT 3
informiert über den Sprung „Vom Zettelfalten zur Freien Wahl" und bietet ergänzende Schüleraufgaben zur Demokratie. Original-Wahlplakate aus dem Jahr 1990 illustrieren die vor der Volkskammerwahl diskutierten Alternativen zur Wiedervereinigung.

ARBEITSBLATT 4
zeigt, dass die Menschen in der DDR die Deutsche Einheit wollten und wählten. Im Rückblick wird die historische Bedeutung der frei gewählten DDR-Volkskammer deutlich: Sie war „Das fleißigste Parlament der Welt".

ARBEITSBLATT 5 (Doppelseite)
Liefert Hintergrundinformationen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und thematisiert die (geforderte) Währungsumstellung: „Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht..."

ARBEITSBLATT 6 (Doppelseite)
deckt die katastrophale wirtschaftliche Situation der DDR und ihr technologisches Defizit im Vergleich zum Westen auf. Mit Blick auf wirtschaftlich relevante Standortfaktoren wird klar, dass „Der lange Aufholprozess" eine Erblast der SED ist.

ARBEITSBLATT 7 (Doppelseite)
geht auf die ökologischen und infrastrukturellen Entwicklungen ein, die in den DDR-Bürgerbewegungen ihren Ausgang nahmen. „Sichtbarer Fortschritt" im Bereich Umwelt und Wohnen wird durch Karikaturen illustriert.

ARBEITSBLATT 8
widmet sich der „Einheit International". Zentral sind der 2+4-Vertrag sowie die Bedeutung des geeinten Deutschlands für und in Europa.

ARBEITSBLATT 9
eröffnet den Jugendlichen verschiedene Antwortansätze auf die Frage „Ist die Einheit vollzogen?". Anstelle einer wirtschaftszentrierten Bewertung werden alternative Maßstäbe für das Gelingen der Einheit aufgezeigt.

ARBEITSBLATT 10 (Doppelseite)
erläutert die Notwendigkeit der Vergangenheitsbewältigung: „Die Aufarbeitung einer Diktatur" ist wichtig für die Zukunft unserer Demokratie.

ARBEITSBLATT 11
räumt mit Mythen rund um die Deutsche Einheit auf. Der Eindruck „Alles war gut ... und dann kam die Einheit" wird klar widerlegt.

16
82 000 000 x 1 = 1
Wie wird die Einheit bewertet?

17
Forderungen am „Zentralen Runden Tisch“

18
Vom Zettelfalten zur Freien Wahl

19
Das fleißigste Parlament der Welt

20 / 21
Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht...

22 / 23
Der lange Aufholprozess

24 / 25
Sichtbarer Fortschritt

26
Einheit International

27
Ist die Einheit vollzogen?

28 / 29
Die Aufarbeitung einer Diktatur

30
Alles war gut... und dann kam die Einheit

82 000 000 X 1 = 1 WIE WIRD DIE EINHEIT BEWERTET?

Ist die Wiedervereinigung ein Anlass zur Freude?

„Ja" sagen 63 Prozent aller Deutschen: Sie sehen in der Deutschen Einheit einen Anlass zur Freude. Das sind sogar noch mehr Menschen als im Jahr der Wiedervereinigung! Doch obwohl die Zustimmung so hoch ist wie noch nie, bereitet die Deutsche Einheit auch 17 Prozent der Befragten Sorgen.

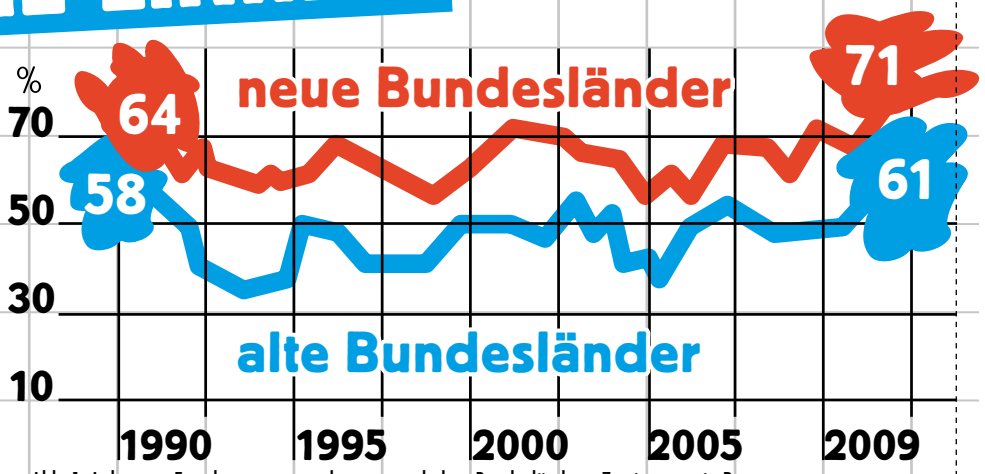


Abb. 1: Anlass zur Freude getrennt nach neuen und alten Bundesländern; Zustimmung in Prozent

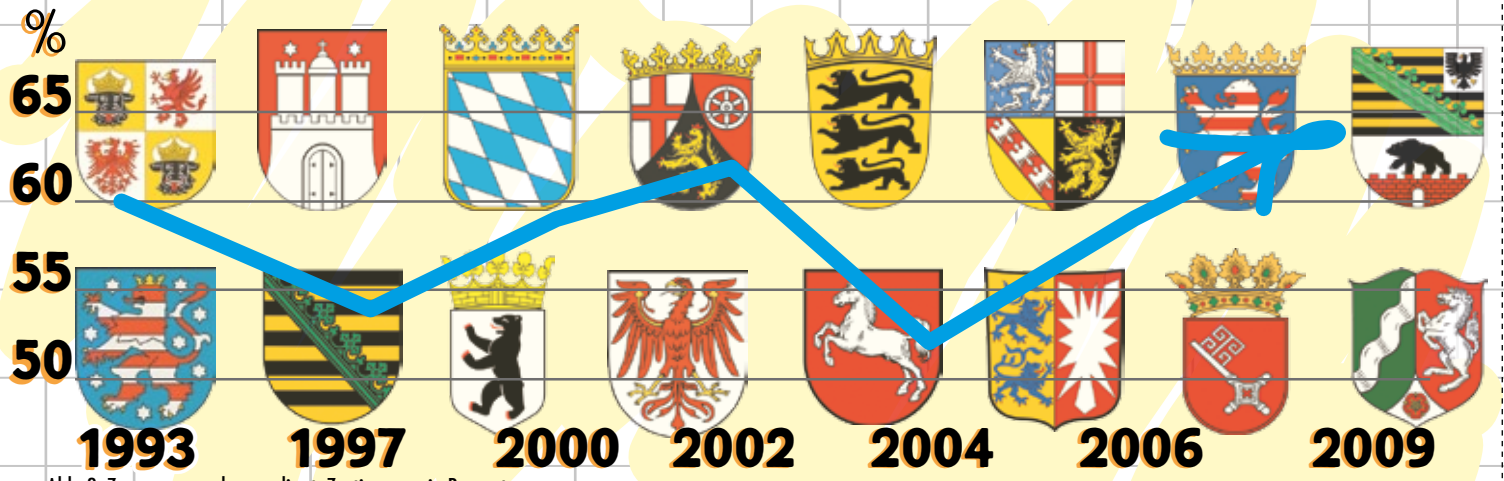


Abb. 2: Zusammenwachsen gelingt; Zustimmung in Prozent

Gelingt das Zusammenwachsen?

64 Prozent der Deutschen glauben, dass Deutschland weiter zusammenwachsen wird. Dabei blicken die Menschen im Westen (68%) optimistischer in die Zukunft als jene im Osten (51%). Dort befürchten 34 Prozent, dass Ost und West „im Grunde immer wie zwei getrennte Staaten bleiben werden".

A1

Der Aussage „Wir waren alle gleich und alle hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit." stimmen überdurchschnittlich viele Menschen (54%) zu, die heute arbeitslos sind. Welchen Einfluss hat die aktuelle Situation auf die Bewertung der Vergangenheit? Diskutiert in der Klasse, ob ihre Einschätzung dadurch „falsch" wird!

Die Mehrheit der Deutschen (58%) bewertet die Entwicklung seit dem Mauerfall als Erfolgsgeschichte. Doch die oft noch ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West sind für 77 Prozent der Ostdeutschen ein Grund zur Unzufriedenheit.

Dass sich (noch) nicht alle so richtig mit der Bundesrepublik identifizieren können, hat aber auch andere Gründe: Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen (54%) findet, dass ihre Leistungen von den Westdeutschen nicht genug anerkannt werden.

Dabei ist ihre Lebensleistung beachtlich - trotz oder gerade wegen der schwierigen Situation, in der die Menschen unter der kommunistischen Diktatur in der DDR lebten. Man darf nicht vergessen, dass sie nach dem zweiten Weltkrieg die größte Last an den Forderungen der Sieger schultern mussten: die Menschen in der DDR leisteten die Reparationen an die Sowjetunion. Auch nach 1990 mussten sich die Ostdeutschen an ein völlig neues wirtschaftliches und soziales System anpassen.

A2

War die DDR ein Rechtsstaat? Nur 34 Prozent der unter 30-jährigen Ostdeutschen wissen die Antwort. Was macht einen Rechtsstaat aus? Erstelle eine Liste mit den wichtigsten Elementen und beurteile dann, ob die folgenden Länder Rechtsstaaten sind:

* BRD
* DDR
* USA
* China

Quellen: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin- Brandenburg e.V., 2009 und Institut für Demoskopie Allensbach, 2009

FORDERUNGEN AM "ZENTRALEN RUNDEN TISCH"

Gemeinsame Erklärung

Angesichts der krisenhaften Situation in unserem Land, die mit den bisherigen Macht- und Verantwortungsstrukturen nicht mehr bewältigt werden kann, fordern wir, dass sich Vertreter der Bevölkerung der DDR zu Verhandlungen am Runden Tisch zusammensetzen, um Voraussetzungen für eine Verfassungsreform und für freie Wahlen zu schaffen.

Daran sollten teilnehmen:

die in der Volkskammer vertretenen Parteien,
die neu entstandenen demokratischen Gruppierungen und Parteien,
unabhängige Vertreter der Gewerkschaften,
Vertreter der Kirche,
Vertreter der Künstlerverbände.

Wir werden die genannten Gruppierungen und Organisationen zu einem vorbereitenden Gespräch einladen.

Die Vertreter:

der Bürgerbewegung Demokratie jetzt,
des Demokratischen Aufbruchs,
der Gründungsinitiative Grüne Partei,
der Initiative Frieden und Menschenrechte,
der Initiativgruppe Vereinigte Linke,
der SDP Berlin, am 10. November 1989.

Gründungsaufruf, November 1989, Quelle: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Nach kontroverser Debatte Konsens zu neuer Verfassung und Wahltermin

Gemeinsame Erklärung der 14 Parteien und Gruppierungen im Bonhoeffer-Haus

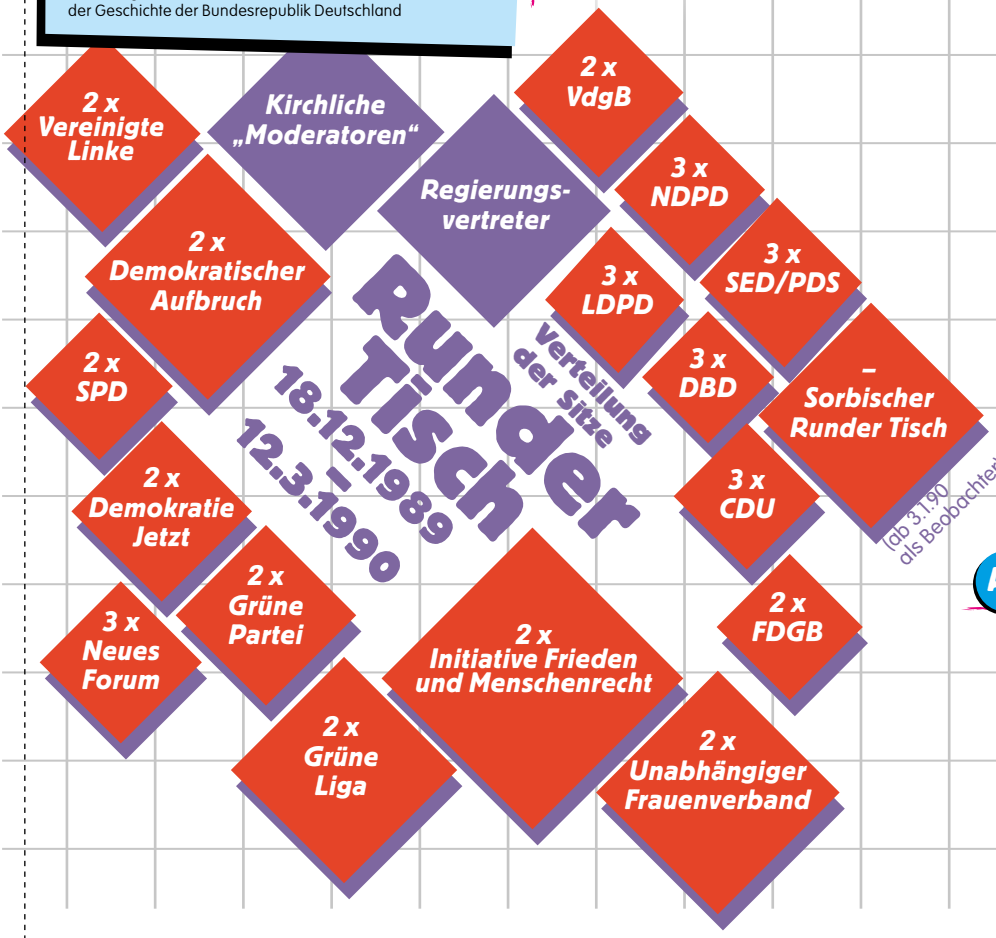
Neues Deutschland, Freitag, 8. Dezember 1989

Am „Zentralen Runden Tisch" trafen erbitterte politische Gegner aufeinander. Auf der einen Seite saßen Angehörige der Regierung und auf der anderen die Vertreter der „neuen Kräfte" (Opposition). Kirchenvertreter moderierten die Sitzungen.

Der Name „Zentraler Runder Tisch" war nur programmatisch gemeint und sollte den unbedingten Willen zum gleichberechtigten Sprechen und Handeln ausdrücken. In Wirklichkeit waren die Tische im Rechteck aufgestellt. Die Abbildung unten links zeigt die Sitzverteilung zwischen dem 18. Dezember 1989 bis zur letzten Sitzung am 12. März 1990.

A1

Der „Zentrale Runde Tisch" wurde später oft als „(Vor-) Schule der Demokratie" bezeichnet. Erkläre, was damit gemeint ist! Warum ist diese Art der politischen Willensbildung noch keine echte Demokratie?



Das Ziel der Beteiligten war eine demokratische Erneuerung. Es ging nicht darum, die DDR abzuschaffen. In diesem einen Punkt waren sich alle einig. Zu den wichtigsten Forderungen gehörten ein neues Wahlgesetz und freie Wahlen, die Erarbeitung einer neuen Verfassung und die Auflösung des „Amtes für Nationale Sicherheit" – des Nachfolgers der „Stasi".

Doch noch während am „Zentralen Runden Tisch" ein neuer Verfassungsentwurf für die DDR erarbeitet wurde, gingen die Menschen bereits für die Wiedervereinigung auf die Straßen. So wurde die wichtigste vom Zentralen Runden Tisch erhobene Forderung von den realen Entwicklungen einfach überholt.

A2

1989/90 waren viele Menschen politisch aktiv, demonstrierten, engagierten sich in Bürgerbewegungen oder halfen freiwillig bei den Vorbereitungen zur ersten freien Volkskammerwahl. Doch 20 Jahre später scheint das politische Interesse besonders bei Jugendlichen abgeflacht. 2009 waren von den Mitgliedern der großen Parteien nur rund 6 Prozent unter 30 Jahre alt. Diskutiert, ob Jugendliche heute tatsächlich „unpolitisch" sind!

VOM ZETTELFALTEN ZUR FREIEN WAHL

DDR-Wahl im Blick der Weltöffentlichkeit

Korrektheit der Volkskammerwahlen wurde bestätigt

Neues Deutschland, Dienstag, 20. März 1990

Wählen wurde in der DDR oft spöttisch „Zettelfalten" genannt. In der Praxis bedeutete das, der Stimmzettel wurde nur gefaltet und in die Wahlurne geworfen – fertig. Damit stimmte man der Einheitsliste der Nationalen Front (SED, Blockparteien, Massenorganisationen) zu.

Obwohl die Wahlen dem Verfassungsanspruch nach geheim waren, machte sich jeder als Staatsfeind verdächtig, der die Wahlkabine benutzte. Nicht zur Wahl zu gehen, wurde als Protest gegen den Sozialismus verstanden. Nichtwähler mussten sich häufig in ihrem Betrieb vor Partei- und Betriebsleitung rechtfertigen. So kamen fantastische Wahlergebnisse mit 99 Prozent Ja-Stimmen für die Einheitsliste zustande.

Am 1. Dezember 1990 wurde der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung der DDR gestrichen. Um freie und geheime Wahlen überhaupt möglich zu machen, musste außerdem ein neues Wahlgesetz verabschiedet werden.

Da die DDR politisch und wirtschaftlich immer schneller zerfiel, wurde der für den 6. Mai 1990 vorgesehene Wahltermin vorverlegt:

A1

DDR bedeutet „Deutsche Demokratische Republik". In Wirklichkeit war sie niemals eine Demokratie. Was macht eine Demokratie aus? Welche demokratischen Elemente gab es in der DDR und welche fehlten?

Am 18. März 1990 fand zum ersten Mal eine freie und geheime Volkskammerwahl in der DDR statt.

93,4 Prozent der Bevölkerung nahmen an der Wahl teil – und alle kamen freiwillig!

A2

Recherchiere, wofür sich die verschiedenen Parteien einsetzten und ordne dann den angefangenen Sätzen (blauer Kasten rechts) die richtigen Enden zu:

a) einen Staatenbund beider Länder ein.
b) eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten über eine neue, gesamtdeutsche Verfassung ein.
c) eine rasche Wiedervereinigung durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein.
d) die Selbstdemokratisierung der DDR und eine stufenweise Annäherung ein.

Tipp: Die Wahlplakate geben dir erste Hinweise. Welche Wünsche oder auch Befürchtungen der Bevölkerung werden indirekt aufgegriffen?

Im Vorfeld der Volkskammerwahl gab es erstmals einen Wahlkampf mit echten Alternativen. Neben der ehemaligen SED, die nun als „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) antrat, beteiligten sich zahlreiche politische Gruppierungen und neu gegründete Parteien!

1. Bundeskanzler Kohl setzt sich im Wahlkampf für das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" (CDU, DA, DSU) ein. Die Allianz trat für...
2. Die neu gegründete SPD/Ost trat für...
3. Unter dem gemeinsamen Dach des Bündnis 90 traten drei große Bürgerbewegungen für...
4. Die PDS trat für...

A3

Welche politischen Themen beschäftigen dich heute? Entwerfe ein eigenes Wahlplakat für eine fiktive Partei, die du unterstützen würdest!

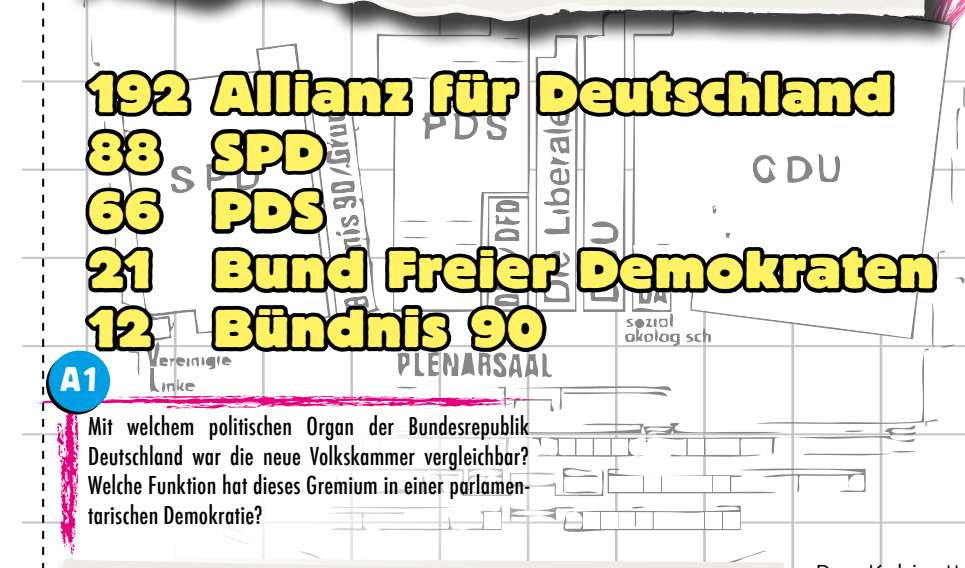
DAS FLEISSIGSTE PARLAMENT DER WELT

Soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und die Einheit

Die Ziele der großen Koalition

Der Tagesspiegel, Freitag, 13. April 1990

192 Allianz für Deutschland
88 SPD
66 PDS
21 Bund Freier Demokraten
12 Bündnis 90



A1 Mit welchem politischen Organ der Bundesrepublik Deutschland war die neue Volkskammer vergleichbar? Welche Funktion hat dieses Gremium in einer parlamentarischen Demokratie?

-

„So konnte sich am 5. April 1990 ein Parlament konstituieren, in dessen Mehrheitsverhältnissen auch schon ein unmissverständliches Plebiszit zur Deutschen Einheit ausgesprochen wurde.

-

Das bedeutete zwangsläufig, dass dieses Parlament vom ersten Tag seines Bestehens daran arbeitete, sich selbst abzuschaffen. (...)

-

Zunächst wurde eine Regierung gewählt, die den größten möglichen Konsens aufrichtig suchte. Außerdem brauchten wir die große Koalition natürlich auch, um die zur Verfassungsänderung notwendige Mehrheit zu sichern.

-

Und dann begann bereits eine Mammutaufgabe, durch deren Bewältigung die Volkskammer in dem halben Jahr ihres Bestehens zu einem der fleißigsten Parlamente der deutschen Geschichte wurde.

-

Neben den 96 Gesetzen wurden drei große Staatsverträge verabschiedet, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der Einigungsvertrag und der 2+4-Vertrag.

-

Alles also, was man heute so gern historisch nennt, das hatten wir in jenen Wochen beinahe täglich zur Aufgabe."

Lothar de Maizière, ehem. DDR-Ministerpräsident, Auszug einer Rede vom 18. März 2010
Quelle: Deutscher Bundestag

Wir sind ein Volk!

Am 18. März 1990 wählten die Menschen die Deutsche Einheit: Die „Allianz für Deutschland" wurde klarer Wahlsieger (48%). Damit zeigte die Bevölkerung der DDR, dass sie schnell die versprochene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – vor allem die Einführung der DM – und eine rasche Wiedervereinigung wollte.

Von „Ostalgie" konnte damals keine Rede sein: Parteien und Bürgerbewegungen, die für das Fortbestehen einer reformierten DDR eingetreten waren, landeten bei der Wahl auf den hinteren Plätzen.

Während die Volkskammer zu Zeiten der SED-Diktatur nur ein Scheinparlament war, wurde sie nun endlich zu einer echten demokratischen Volksvertretung.

Das Kabinett der ersten frei gewählten Regierung stützte sich auf eine Große Koalition. Lothar de Maizière wurde zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Stellvertretende Regierungssprecherin war Angela Merkel, die heutige Bundeskanzlerin.

Wenn nötig, zeigte die Volkskammer ihre neue Eigenständigkeit gegenüber der Regierung aber ganz selbstbewusst. Beispielsweise als sie, anders als von der Regierung vorgesehen, ein Gesetz verabschiedete, das auch den Schutz der Umwelt zum Staatsziel erklärte.

Wegbereiter der Einheit

Die Volkskammer schuf in nur sechs Monaten und 38 Plenarsitzungen die gesetzlichen Grundlagen eines demokratischen Staates und die Voraussetzungen für ein geeintes Deutschland!

A2 Die Menschen in der DDR stimmten für einen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und damit gegen eine neue Verfassung. Bis heute ist unser Grundgesetz ein Exportschlager und Vorbild für viele junge Demokratien. Erörtere, was unsere Verfassung so attraktiv macht!

KOMMT DIE DM, BLEIBEN WIR, KOMMT SIE NICHT...

Für eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft

Die Große Koalition will Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gleichzeitig einführen

Der Tagesspiegel, Sonntag, 15. April 1990

Soziale Marktwirtschaft setzt auf Markt, Privatinitiative, Stabilität und Wettbewerb und beruht auf der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Ihre Spielregeln verhindern, dass der Mensch Spielball wirtschaftlicher Macht wird und dienen der sozialen Sicherheit. Der Staat ist verantwortlich für die Einhaltung der Regeln.

In der **Planwirtschaft** (bzw. Zentralverwaltungswirtschaft) regelt der Staat die Produktion sowie die Einkommens- und Güterverteilung. Eine freie Wirtschaft existiert nicht. Der Versuch, alle Wirtschaftsabläufe zentral zu kontrollieren, führt in der Praxis regelmäßig zu Fehlsteuerungen und Mangelwirtschaft. Am tatsächlichen Bedarf der Menschen wird vorbeiproduziert.

Freie Preisbildung

Betriebsverfassungsgesetz

Dynamische Rente

Arbeitslosenversicherung

Abschaffung staatlicher Monopole

Umstellung der DDR-Währung auf DM

Einführung westlicher Umweltschutzanforderungen

Maßnahmen zur Strukturanpassung der Unternehmen

Kündigungsschutzgesetz

Koalitionsfreiheit

Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsvertrag) vom 18. Mai 1990

ARTIKEL 1 - Gegenstand des Vertrages

(2) Die Vertragsparteien bilden beginnend mit dem 1. Juli 1990 eine Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der Deutschen Mark als gemeinsamer Währung. Die Deutsche Bundesbank ist die Währungs- und Notenbank dieses Währungsgebiets. Die auf Mark der Deutschen Demokratischen Republik lautenden Verbindlichkeiten und Forderungen werden nach Maßgabe dieses Vertrags auf Deutsche Mark umgestellt.

(3) Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien. Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswett-bewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen; hierdurch wird die gesetzliche Zulassung besonderer Eigentumsformen für die Beteiligung der öffentlichen Hand oder anderer Rechtsträger am Wirtschaftsverkehr nicht ausgeschlossen, soweit private Rechtsträger dadurch nicht diskriminiert werden. Sie trägt den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung.

(4) Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.

A1

Lies dir den Auszug aus dem Staatsvertrag genau durch und gestalte einen „Spickzettel" mit den Kernelementen der drei Säulen!

A2

Mit dem Staatsvertrag trat am 1. Juli 1990 eine Reihe neuer Gesetze und Regelungen in Kraft. Einige Beispiele findest du auf der Seite verteilt. Kreuze jeweils an, zu welcher der drei Säulen sie gehören:

- Währungsunion
- Wirtschaftsunion
- Sozialunion

Was davon findest du besonders wichtig? Diskutiert in der Klasse!

Sorge in der DDR: Keiner weiß, wie er mit dem Geld auskommen wird

Neues Deutschland, Mittwoch, 25. April 1990

„Dieser Vertrag ist ein Kompromiss, aber er ist nicht das Ergebnis eines Feilschens um Vorteile, sondern ein gutes und ausgewogenes Gesamtkunstwerk. (...) Ich wende mich in dieser Stunde zunächst an die Bürgerinnen und Bürger in der DDR: Die Einführung der D-Mark, die Einführung der dynamischen Rente und einer Arbeitslosenversicherung sowie die Hilfen für den Staatshaushalt der DDR sind eine großzügige politische Geste der Bundesrepublik Deutschland. Niemand soll vergessen, was die Mark der DDR heute auf dem freien Markt wirklich wert wäre. Und niemand soll sich über die tiefe Krise der DDR-Wirtschaft Illusionen machen. Wir konnten und können nicht so weitermachen wie bisher.

(...)

Das Ergebnis der Verhandlungen zum Staatsvertrag ist mutig, einmalig und hoffnungsstiftend. Es ist mutig, weil in nur vier Wochen nach 40 Jahren sozialistischer Planwirtschaft dieser Vertrag ausgehandelt wurde, der alle Deutschen in der DDR unmittelbar in ihrer Existenz und für ihre Zukunft berührt. Es ist einmalig, weil es diese Art der Umstellung einer Kommandowirtschaft auf eine soziale Marktwirtschaft an einem Stichtag noch niemals gegeben hat. Und es ist hoffnungsstiftend, weil beide Seiten zum Erfolg verpflichtet, ja geradezu verurteilt sind."

Lothar de Maizière, DDR-Ministerpräsident
Auszüge seiner Rede zur Unterzeichnung des Staatsvertrags

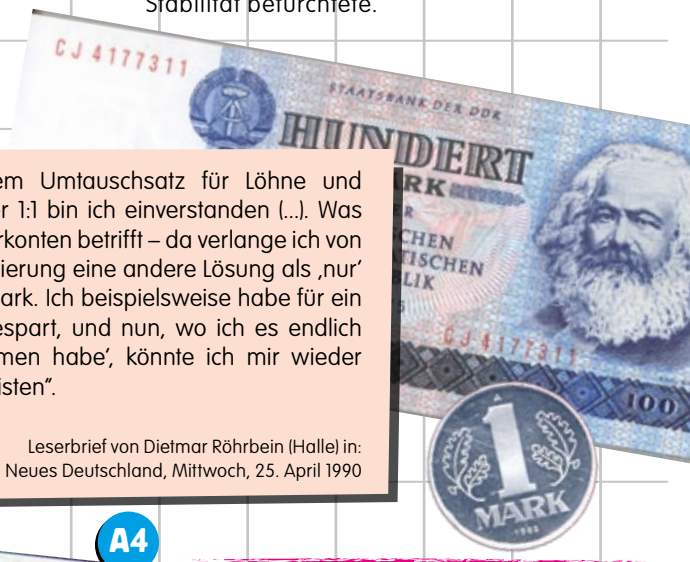
Der Umtauschkurs

1:1 für laufende Zahlungen (Löhne, Miete etc.) und - je nach Alter – Sparguthaben bis zu 6.000 Mark

2:1 für alle höheren Sparguthaben

Insgesamt lag der Tauschkurs bei **1,8:1**

Die Bundesbank lehnte die Forderung nach einer Umstellung 1:1 strikt ab, da sie bei einer zu hohen Bewertung der Ost-Mark eine Bedrohung der finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität befürchtete.



„Mit dem Umtauschsatz für Löhne und Gehälter 1:1 bin ich einverstanden (...). Was die Sparkonten betrifft – da verlange ich von der Regierung eine andere Lösung als ‚nur' 4000 Mark. Ich beispielsweise habe für ein Auto gespart, und nun, wo ich es endlich ‚zusammen habe', könnte ich mir wieder keins leisten".

Leserbrief von Dietmar Röhrbein (Halle) in:
Neues Deutschland, Mittwoch, 25. April 1990

A4

Kannst du Herrn Röhrbeins Kritik nachvollziehen? Schreibe ihm einen kurzen Brief zurück, in dem du ihm erklärst, warum D-Mark und Ost-Mark nicht vollständig 1:1 getauscht werden konnten!
Tipp: Die Rede von de Maizière gibt dir erste Hinweise.

A3

Ein Staatsvertrag ist ein internationaler, völkerrechtlicher Vertrag zwischen zwei oder mehreren Staaten. Recherchiere, welche wichtigen Staatsverträge Deutschlands Beziehungen zu anderen Ländern heute regeln!

Beschluss der Volkskammer vom 17. Juni 1990

Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz), § 2

(1) Die Treuhandanstalt ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Sie dient der Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Die Treuhand in Zahlen

- **Reprivatisierung von Betrieben und Unternehmensteilen: über 13.000**
- **Schließung von Betrieben wegen mangelnder Effizienz: über 3.000**
- **Erhalt von Arbeitsplätzen: über 1,5 Millionen**
- **Kosten für den Erhalt je Arbeitsplatz: rund 100.000 DM**
- **Abgebaute Arbeitsplätze bis Ende 1994: knapp 2,5 Millionen**
- **Gesamtschulden bei Schließung der Treuhand (31.12.1994): 270 Milliarden DM**

Trotz der Kritik, die an der Treuhand geübt wird, leistete sie unterm Strich Beträchtliches: Der Umbau der in riesigen Kombinaten organisierten DDR-Wirtschaft in eine konkurrenzfähige und zukunftsorientierte Industriestruktur ist weitestgehend gelungen.

DER LANGE AUFHOLPROZESS

Wir brauchen eine ehrliche Abrechnung der Ergebnisse in der Ökonomie

Neues Deutschland, Freitag, 10. November 1989

Die Mission: Eine ungeschminkte Darstellung der wirtschaftlichen Situation der DDR.
Das Team: Fünf bedeutende Persönlichkeiten der DDR, mit Zugang zu wichtigen Informationen:

Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission,
Gerhard Beil, Minister für Außenhandel,
Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und verdeckt arbeitender Stasi-Offizier,
Ernst Höfner, Minister der Finanzen,
Arno Donda, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Der Auftraggeber: SED-Generalsekretär Egon Krenz
Das Geheimdokument: Der „Schürer-Bericht"

A1 Welche Personen sind heute Experten für die wirtschaftliche Lage Deutschlands und aus welchen Bereichen (politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich) kommen sie? Stellt gemeinsam ein eigenes Analyse-Team zusammen! Was fällt euch bei einem Vergleich mit Schürers Team auf?

Am 30. Oktober 1989 standen die Analyseergebnisse fest. Sie waren katastrophal:

Die DDR stand im Herbst 1989 vor dem Bankrott und war wirtschaftlich praktisch handlungsunfähig. Schürer und sein Team drängten auf eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik und auf Wirtschaftsreformen in der DDR (z. B. Einsparung von Arbeitsplätzen). Zugleich war klar, dass auch diese Reformen allein nicht ausreichen würden, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Die einzige Hoffnung: Kredite aus der Bundesrepublik.

Auszug aus dem sogenannten „Schürer-Bericht" der „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen"

IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der in Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuss nicht sichtbar.

=

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.

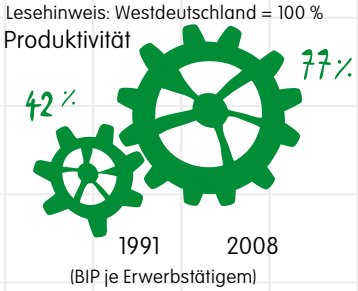
Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/5195

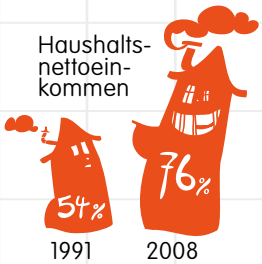
Geheime Verschlusssache ZK 02 47/89 -666- Geheimhaltungsgrad darf nicht verändert werden.

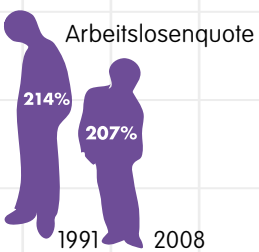
A2 Stell dir vor, der Lebensstandard in Deutschland würde um ein Viertel sinken. Welche Folgen hätte das für die Allgemeinheit, für dich und deine Familie? Worauf könntest du am ehesten verzichten?

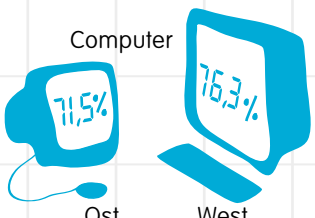
Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ist der lange Aufholprozess Ostdeutschlands noch nicht abgeschlossen...

Lesehinweis: Westdeutschland = 100 %

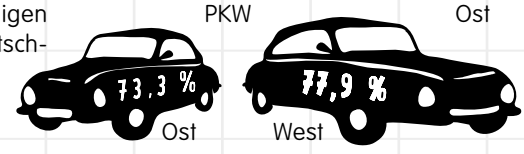








... aber die Lebensverhältnisse in Ost und West gleichen sich auch in einigen Bereichen. So waren im Jahr 2008 die Haushalte in Ost- und Westdeutschland mit vielen Konsumgütern gleich gut ausgestattet, z. B.



Quellen: IW Köln: Deutschland in Zahlen 2006 und 2008, Statistisches Bundesamt, SOEP

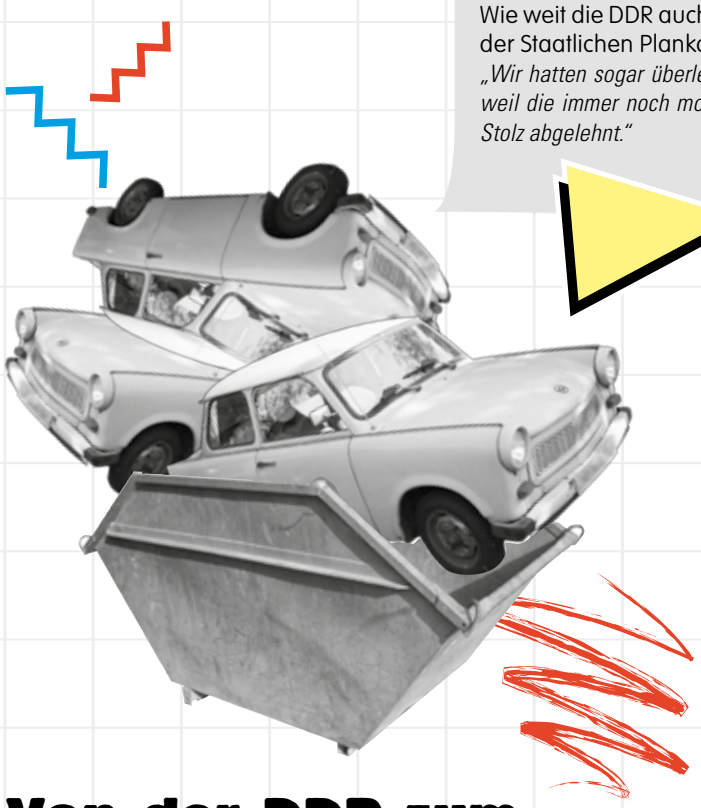
Ein Neuanfang nach der DDR-Pleite

www.faz.net, 7/2010

Die DDR ist wirtschaftlich gescheitert und hinkte dem Westen in Sachen Technologie weit hinterher. Ihre Kraftwerksanlagen waren total veraltet, der Verschleißgrad vieler Industriebereiche lag bei über 50 Prozent und das Technologiedefizit war enorm:
Ein von der DDR für **534 Ost-Mark** produzierter 256-Kbit-Speicherchip war auf dem Weltmarkt gerade mal **2 US-Dollar** wert!

Wie weit die DDR auch im Bereich Telekommunikation zurücklag, zeigt diese Anekdote aus der Staatlichen Plankommission:
„Wir hatten sogar überlegt, in der Bundesrepublik ausgesonderte Telefontechnik preiswert zu kaufen, weil die immer noch moderner war als unser Nachkriegssystem. Aber die Staatsführung hat das aus Stolz abgelehnt."

(Zitat Gerhard Schürer in: Focus Magazin, Nr. 46/1999)



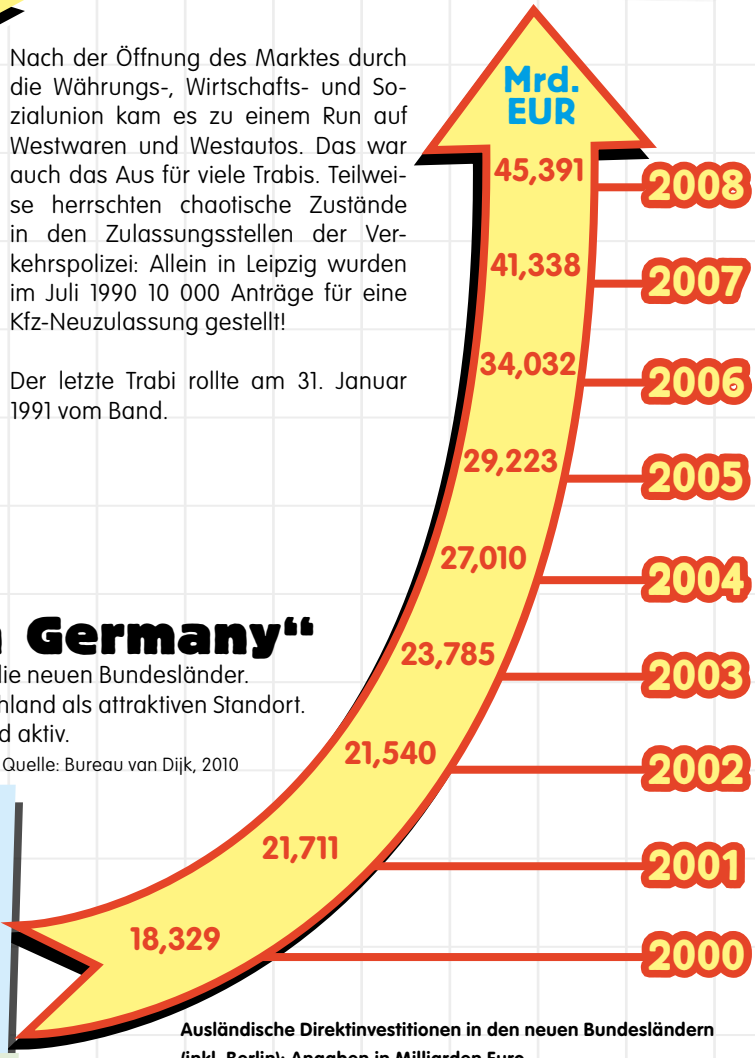
Nach der Öffnung des Marktes durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kam es zu einem Run auf Westwaren und Westautos. Das war auch das Aus für viele Trabis. Teilweise herrschten chaotische Zustände in den Zulassungsstellen der Verkehrspolizei: Allein in Leipzig wurden im Juli 1990 10 000 Anträge für eine Kfz-Neuzulassung gestellt!

Der letzte Trabi rollte am 31. Januar 1991 vom Band.

Von der DDR zum...
... „Powerhouse Eastern Germany"

Mit diesem Titel wirbt Deutschland international um Investoren für die neuen Bundesländer.
Mit Erfolg – immer mehr ausländische Firmen entdecken Ostdeutschland als attraktiven Standort.
Heute sind rund 8 000 ausländische Unternehmen in Ostdeutschland aktiv.

Quelle: Bureau van Dijk, 2010



Ausländische Direktinvestitionen in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin); Angaben in Milliarden Euro

Quelle: Bundesbank, 2009

⁉ ist mit über 500 000 Einwohnern die größte Stadt in Ostdeutschland und gilt als einer der ältesten Messestandorte der Welt. Porsche und BMW investierten mehrere Milliarden Euro in diesen Standort. Als eines von drei weltweiten Luftfracht-Drehkreuzen von DHL entwickelt sich ⁉ zum internationalen Logistikknoten. ⁉ ist für ausländische Unternehmen besonders interessant, weil es hoch qualifizierte Arbeitskräfte, hohe Qualität bei Zulieferern und eine hervorragende Infrastruktur bietet.

In der Landeshauptstadt ⁉ leben rund 200 000 Menschen. Sie ist das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Freistaates. Hier sind das Bundesgericht und der Kinderkanal zu Hause. ⁉ bietet eine optimale Verkehrsanbindung in zentraler europäischer Lage. Die Wirtschaftsstruktur ist ein leistungsfähiger Mix aus Maschinenbau, Mikrosystemtechnik, Medien, Logistik, Dienstleistungen und Behörden. Große Unternehmen vor Ort sind z. B. IKEA Logistik und die Siemens AG.

Quelle: KPMG, 2010

A3 Links findest du zwei Städteprofile aus Ostdeutschland. Finde heraus, um welche Städte es sich handelt!

A4 Überlege, welche Standortfaktoren eine Stadt oder Region für die in- und ausländische Wirtschaft attraktiv machen! Welche dieser Faktoren waren in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung vorhanden?

SICHTBARER FORTSCHRITT

Bisher ein Tabu: die ökologische Situation und ihre Folgen im Bitterfelder Land

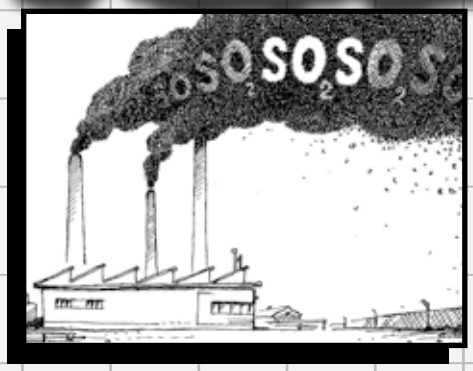
Jeßnitz, Inselstadt im übelriechenden Nass!

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. Mai 1990

Bei ihrem Abtritt 1990 hinterließ die SED eine zerstörte Umwelt:

Nur noch 3 Prozent der Wasserläufe und 1 Prozent des stehenden Gewässers waren ökologisch in Ordnung.
Milliarden Kubikmeter Industrieabwässer flossen zu 95 Prozent ungeklärt in die Gewässer!
Jährlich wurden 5-6 Millionen Tonnen Schwefeldioxid in die Atmosphäre gepumpt.
Kein anderes Land wies eine so hohe Schadstoffbelastung der Luft auf!

In Sachen Umwelt sind die Erfolge durch milliardenschwere Investitionen und Technologietransfers heute besonders deutlich: saubere Luft, saubere Böden, sauberes Trinkwasser und saubere Flüsse!



Karikatur: Helmut Jacek

In den 1980er-Jahren griffen Bürgerrechtler das Thema Umwelt auf. Eine der bekanntesten Gruppierungen war die Umweltbibliothek im Keller der Ostberliner Zions-Kirche. Sie widmete sich nicht nur Umweltthemen, sondern auch gesellschaftlichen und politischen Fragen und veröffentlichte in den „Umweltblättern" von der SED unterdrückte Informationen.

Der Stasi war die Umweltbibliothek ein Dorn im Auge. Bei einer nächtlichen Razzia am 24. November 1987 wurden sieben ihrer Mitglieder verhaftet und Material beschlagnahmt. Durch Proteste gelang es, die Verhafteten freizubekommen. Dadurch wurde die Umweltbibliothek in der Öffentlichkeit sehr bekannt und erhielt noch mehr Zulauf. Bis zum Jahr 1990 war sie einer der bedeutendsten Treffpunkte der Umwelt-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung der DDR.

Beschluss zu den Verordnungen über die Festsetzung von Nationalparks sowie von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten von zentraler Bedeutung als Biosphärenreservate und Naturparks

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, 12. September 1990

Der einmalige Öko-Deal

In letzter Sekunde der letzten Sitzung des DDR-Ministerrats wurde die Beschlussvorlage zum lange vorbereiteten Nationalpark-Programm einstimmig gebilligt: fünf Nationalparks, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparks wurden damit unter Schutz gestellt.

Doch der Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD war bereits am 31. August 1990 geschlossen worden! Erst nach zähen Verhandlungen mit den Landwirtschaftsministerien in Ost und West sowie dem Bundesverkehrsministerium wurden die Verordnungen in die Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag aufgenommen.

Der damalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer nannte dies wenig später das „Tafelsilber der deutschen Vereinigung".

A1 Was soll die Bezeichnung „Tafelsilber der deutschen Vereinigung" ausdrücken? Beschreibe in deinen Worten, was damit gemeint ist!

„Der Schutz der Natur ist kein Luxus, sondern eine der bedeutendsten Sozialleistungen für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft."
Prof. Michael Succow, Stellvertreter des Ministers für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR 1990 und maßgeblich verantwortlich für das Nationalparkprogramm der DDR.

A2 Deutschland hat international mit die höchsten Umweltstandards. Können wir uns das überhaupt noch leisten? Lies dir das Zitat von Prof. Succow durch und überlege, mit welchen Argumenten er auf diese Frage wohl antworten würde!

20 Prozent des Wohnungsbestandes in der DDR nicht mehr bewohnbar

Mieterbund hält Investitionen bis zu 300 Milliarden DM für nötig

Der Tagesspiegel, Mittwoch, 4. April 1990

Sorge um unsere Städte

Ernste Krankheitserscheinungen kann man in den meisten Städten der DDR diagnostizieren (...)

Die geringe Effektivität unserer Wirtschaft, verbunden mit dem extremen Neubau an wenigen Standorten und der weitgehenden Entmachtung der Kommunen habe unter anderem zu einem Verfall der Bausubstanz, zur Vernachlässigung der Infrastruktur und zu ökologischen Problemen geführt.

Nach Ansicht der Wissenschaftler können unsere Städte nur gesund werden, wenn man die tatsächliche Situation rücksichtslos aufdeckt, die Kommunen über sich selbst entscheiden können und auch das innerstädtische Leben demokratisiert wird.

Quelle: Neues Deutschland, Donnerstag, 7. Dezember 1989

Wohnraum war in der DDR Mangelware. Gegen die Wohnungsnot wurden ab den 70er-Jahren triste „Plattenbauten" an den Stadträndern aus dem Boden gestampft. Es entstanden wahre Betonburgen. Dadurch dehnten sich die Städte immer mehr aus, während die Altstädte in den Zentren völlig zerfielen. Im Jahr 1990 stammte der größte Teil der Gebäude in den ostdeutschen Innenstädten noch aus der Vorkriegszeit.

Die Rettung der historischen Altstädte war ein wichtiges politisches Ziel nach der Wiedervereinigung. Bis heute wurden Millionen Wohnungen saniert und modernisiert.

A3 In den 1980er-Jahren prägten DDR-Bürger den ironischen Ausdruck „Ruinen schaffen ohne Waffen", um auf die Vernachlässigung des Gebäudebestands aufmerksam zu machen. Erkläre, was damit gemeint war!

Wer 1990 in die DDR fuhr, merkte das recht schnell an den holprigen Straßen. Die Fernstraßen, aber auch die Gleise der Deutschen Reichsbahn waren in sehr schlechtem Zustand. Zwischen 1991 und 2009 wurden in die Schienenwege und die Bundesfern- und Bundeswasserstraßen in Ostdeutschland rund 75 Milliarden Euro investiert.

Seit der Wiedervereinigung entstand in den neuen Ländern die derzeit wohl modernste Infrastruktur Europas.

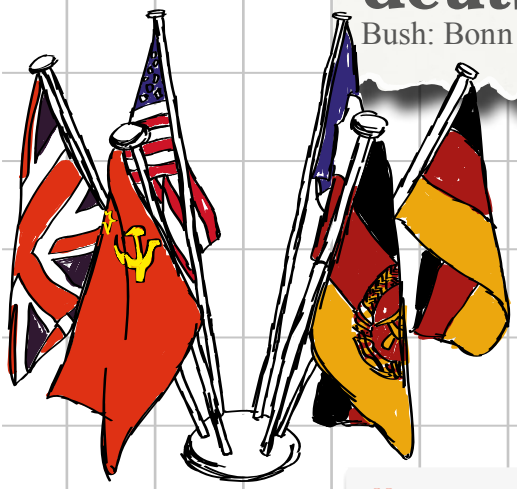
A4 Warum fordert der Autor des Artikels „Sorge um unsere Städte" eine Demokratisierung des „innerstädtischen Lebens"? Welchen Einfluss haben Bürger und Kommunen heutzutage auf die Gestaltung ihrer Städte?

EINHEIT INTERNATIONAL

Gipfel der Supermächte soll deutsche Bündnisfrage klären

Bush: Bonn und Washington haben gemeinsame Ziele

Der Tagesspiegel, Freitag, 18. Mai 1990



2+4...

...damit waren die vier Sieger des Zweiten Weltkrieges (USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich) und die beiden deutschen Staaten gemeint. Für die Wiedervereinigung benötigte Deutschland die Zustimmung der Vier Mächte. Doch die Reaktionen auf die geplante Vereinigung fielen sehr unterschiedlich aus: Frankreich und England waren zunächst skeptisch. Sie fürchteten, ein Risiko für die europäische Stabilität durch ein politisch und wirtschaftlich zu starkes Deutschland. Die Sowjetunion lehnte eine Vereinigung anfangs sogar strikt ab. Nur die Regierung in Washington sprach sich uneingeschränkt für die Deutsche Einheit aus. In mehreren Gesprächsrunden, den 2+4-Gesprächen, wurden die außenpolitischen Grundsatzfragen der deutschen Vereinigung verhandelt. Doch schließlich unterzeichneten die Außenminister der beteiligten Länder den 2+4-Vertrag.

Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 („Zwei-plus-Vier-Vertrag")

Präambel

... IN DER ÜBERZEUGUNG, dass die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist...

A1

Vervollständige den Lückentext mit den Worten aus der Liste: Gebietsansprüche, verzichtet, inneren, reduziert, Bundesrepublik Deutschland, Frieden, DDR, Abzug, Berlins, stationiert, äußeren

Was wird im 2+4-Vertrag geregelt?

Das vereinte Deutschland wird die gesamten Gebiete der _____, der _____ und ganz _____ umfassen. Deutschand hat keinerlei _____ an andere Staaten. Von deutschem Boden wird nur _____ ausgehen. Deutschland _____ auf atomare, biologische und chemische Waffen. Die deutschen Streitkräfte werden auf 370 000 Mann _____ . Nach dem _____ der sowjetischen Streitkräfte können auf dem Gebiet der ehemaligen DDR deutsche Streitkräfte _____ werden. Deutschland erhält die volle Souveränität über seine _____ und _____ Angelegenheiten.

Europa auf der Suche

Der Grundgedanke, dem Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand folgten, als sie vor dem gestern eröffneten EG-Gipfeltreffen in Dublin die Gründung einer politischen Union Europas forderten, war einfach: Europa solle den im Gang befindlichen Prozess der deutschen Einigung nicht länger mit Sorge betrachten, sondern als Herausforderung begreifen. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten solle die Einigung Europas einhergehen; nicht als gegen Europa gerichtet soll der deutsche Vereinigungsprozess erscheinen, sondern in die europäische Einigung eingebettet sein, um damit endgültig Befürchtungen zu zerstreuen, die mit der Entstehung eines neuen politischen Gewichts in Zentraleuropa noch verbunden sind.

Der Tagesspiegel, Sonntag, 29. April, 1990

A2

Bundeskanzler Helmut Kohl betonte immer wieder, dass es wichtig war, den deutschen Einigungsprozess in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Er nannte beides „zwei Seiten derselben Medaille". Erkläre mit deinen Worten, was damit gemeint ist! Wie schätzt du die Stellung Deutschlands in Europa heute ein?

A3

Als Ideal für die EU wird häufig von der „Einheit in Vielfalt" gesprochen. Diskutiert in der Klasse, ob sich dieses Motto auch für das Zusammenleben in Deutschland eignet!

IST DIE EINHEIT VOLLZOGEN?

Nach 41 Jahren: Ein Staat dankt ab

Die erste frei gewählte Volkskammer macht sich erfolgreich überflüssig

Neues Deutschland, Mittwoch, 3. Oktober 1990

In einer nächtlichen Sondersitzung vom 22./23. August 1990 beschloss die Volkskammer den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990. So etwas hatte es noch nie gegeben: ein Staat, der sich vollkommen friedlich und demokratisch selbst auflöst!

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 (Einigungsvertrag)

Präambel

... AUSGEHEND VON DEM WUNSCH der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten, demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben...

Aber wie kann man bewerten, ob die Deutsche Einheit gelungen ist?

Hier findest du verschiedene Bewertungsmaßstäbe, die du anlegen könntest:

Maßstab 1: Historischer Blick auf die deutsche Vergangenheit

Zum ersten Mal in unserer Geschichte leben die Deutschen gemeinsam in Freiheit und Einheit in allseits anerkannten Grenzen umgeben von befreundeten Staaten, die mit uns beispielsweise in der Europäischen Union oder in der NATO vereint sind.

Maßstab 2: Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR und heute

„Die DDR war ein Unrechtsstaat. Sie war auf Unrecht gegründet. Es gab keine legale Opposition. Es gab keine unabhängige Justiz. Es gab keine kritischen Medien. Bevormundung, Unterdrückung von Widerspruch, Überwachung und Bespitzelung waren ständig anwesende Begleiter des täglichen Lebens. Hinter dem Schießbefehl stand pure Menschenverachtung."

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Für Deutschland und die EU gelten heute die „Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit."

Auszug aus: Artikel 6, Absatz 1, Vertrag über die Europäische Union

Maßstab 3: Außensicht: Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern

Nach den Umwälzungen im ehemaligen Ostblock haben sich Tschechen und Slowaken sowie die Völker der einst so großen Sowjetunion getrennt. Jugoslawien ist in einem Bürgerkrieg zerfallen. Im Gegensatz dazu hat sich Deutschland wiedervereint. Es gibt zwar gelegentlich Streit im „deutschen Haus", aber keiner will ausziehen. Anders in einzelnen Teilen Europas, in denen es separatistische Bestrebungen gibt, wie z.B. in Südtirol und Norditalien, auf Korsika und in Katalonien, in Flandern und Schottland.

A1 Ist die Deutsche Einheit gelungen? Erörtere, welche Maßstäbe du anlegen würdest und begründe dein Urteil!

Nun gilt es, in der Freiheit zu bestehen.
Der Tagesspiegel, 4. Oktober 1990

Jetzt schließt sich eine Wunde.
Der Tagesspiegel, 4. Oktober 1990

Unsere gemeinsame Zukunft: Deutschland wird eins. Europa wird eins.
Kampagne der Bundesregierung, in: Der Tagesspiegel, 1990

A2 Die links stehenden Zitate stammen aus dem Jahr 1990. Damals waren sie Zeitungsüberschriften zu Artikeln, die sich mit verschiedenen Aspekten der Wiedervereinigung beschäftigten. Stell dir vor, du warst als Reporter dabei und schreibe zu einem der Zitate einen eigenen Artikel!

DIE AUFARBEITUNG EINER DIKTATUR

Erst gestürmt, dann verwüstet

Berlin: Gestern Abend im früheren Sicherheitsamt – Aufrufe zur Besonnenheit gingen lange unter

Neues Deutschland, Dienstag, 16. Januar 1990

Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit / Amt für Nationale Sicherheit

==========

§ 1 Zweck des Gesetzes ist,
1. die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit zu gewährleisten und zu fördern.

A1

Vergangenes ist vergangen, oder? Ist es Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen, oder ist es notwendig, die Vergangenheit auch mit Hilfe der Akten der SED und der Stasi weiterhin aufzuarbeiten? Diskutiert in der Klasse!

Um die Vernichtung der Akten zu stoppen, besetzten Bürgerrechtler Anfang Dezember 1989 die regionalen Stasi-Dienststellen. Am 15. Januar 1990 stürmten wütende Demonstranten auch noch die Stasi-Zentrale in Berlin. Vor den Augen der Öffentlichkeit besetzten ganz normale Menschen die Zentrale einer der gefürchtetsten Geheimdienste der Welt!

Noch auf Inititive der frei gewählten DDR-Volkskammer hin wurde kurz nach der Wiedervereinigung die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gegründet. In ihren Archiven lagern die damals geretteten Akten und können dort von den Betroffenen eingesehen werden. So können alle erfahren, was die Stasi über sie wusste, wer Informationen über sie weitergegeben hat oder aber wer Zivilcourage bewiesen hat.

Im Jahr 1992 bildete der Bundestag eine Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur." Damit stellte sich das höchste gewählte Gremium Deutschlands der Vergangenheitsbewältigung und rückte die politische und historische Aufarbeitung in den Vordergrund. Wichtige Fragen waren – und sind es bis heute –, wie wir zu unserer Geschichte stehen und wie wir uns in der Abgrenzung zur Vergangenheit als Volk selbst sehen. Eine klare Trennung zur kommunistischen Diktatur in der DDR war nicht nur wichtig für den Vereinigungsprozess, sondern auch zur Stärkung unserer Demokratie. Ihre institutionalisierte Fortsetzung findet die Enquete-Kommission in der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur", die 1998 gegründet wurde. Sie fördert Projekte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die dazu beitragen, die Geschichte, ihre Ursachen oder Folgen der Diktatur in der DDR aufzuarbeiten.

Inzwischen gibt es zahlreiche weitere gesellschaftliche Einrichtung, die sich der Aufarbeitung widmen. Es ist wichtig, einen Weg der Erinnerung zu finden, der einer Verharmlosung der Diktatur klar entgegentritt ohne dabei das Leben der Menschen in der DDR zu entwerten.

A2

Stell dir vor, du bist Autor für ein Online-Lexikon wie Wikipedia. Erkläre in einem kurzen Artikel, was eine Enquete-Kommission ist. Gehe auch darauf ein, warum 1992 eine solche Kommission gebildet wurde und zu welchen Themen es heutzutage Enquete-Kommissionen gibt!

Foto: Alfred Steffen

Ohne Worte!

In einem Interview ohne Worte drückte Marianne Birthler, die Chefin der BStU, ihre Meinung auf die folgende Frage nur durch Gestik und Mimik aus:

„Im Osten Deutschlands hört man immer wieder Menschen klagen, dass früher vieles besser war. Macht Sie das traurig?" – Wie interpretierst du ihre „stumme Antwort"?

A3

Jeder Mensch hat seine eigenen Erinnerungen. Trotzdem ist Erinnern nicht nur Privatsache, sondern auch eine öffentliche und gemeinsame Angelegenheit.

a) Recherchiere, welche gesellschaftlichen Institutionen sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen und in welchen Bereichen sie aktiv sind!

b) Erörtere, warum eine gemeinsame „Kultur des Erinnerns" wichtig ist!

Adieu DDR – der Zukunft zugewandt

Neues Deutschland, Mittwoch, 3. Oktober 1990

Ostalgie ist eine Gefahr

Aus einem Interview mit Joachim Gauck, Mitglied der letzten DDR-Volkskammer, Bürgerrechtler, Kandidat bei der Bundespräsidentschaftswahl 2010.

FreieWelt.Net: Wie sollte sich Ihrer Ansicht nach die Erinnerungskultur ganz praktisch darstellen?

Gauck: In drei Schritten. Erstens geht es um das Sichern und Publizieren von Fakten. Die Akten einer Diktatur sind die **Apotheke gegen Nostalgie**. Dazu bedarf es offener Archive ebenso wie adäquater personeller und finanzieller Ausstattung für Wissenschaft und Forschung. Und dazu gehören dann auch die Museen, Gedenkstätten, Mahnmale und Dokumentationszentren.
Zweitens sollten konkrete und verbindliche **Ausbildungsziele für die Schulen** formuliert werden. In den Curricula (Lehrpläne) müssen die Daten und Fakten über beide deutsche Diktaturen festgeschrieben werden. Vielfach endet der Geschichtsunterricht mit dem Ende der NS-Zeit. Das ist ähnlich wie in der Schulzeit nach dem Nationalsozialismus, als der Geschichtsunterricht auch lange vor der NS-Diktatur endete.
Und drittens müssen beispielsweise **Journalisten oder bildende Künstler** sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Durch ihr Tun sprechen sie die Menschen durch einen anderen Zugang an. Die erzählende und nacherzählende Form erreicht die Menschen eben anders als die dokumentierende oder lehrende. Denken Sie nur an Filme wie „Das Leben der Anderen" oder auch die Fernsehserie „Holocaust".
(...)

FreieWelt.Net: Ist DDR-Nostalgie eine Gefahr für die Demokratie?

Gauck: Aber selbstverständlich. **Ostalgie** verringert all das, was unsere Demokratie ausmacht. Durch selektives Erinnern, Bagatellisierungen und Leugnen droht die politische Urteilsfähigkeit bei der grundsätzlichen Unterscheidung von Diktatur und Demokratie verloren zu gehen.
(...)

FreieWelt.Net: Gestatten Sie zum Schluss eine einfache, persönliche Frage an Joachim Gauck, dessen Biographie in so bewegender Weise einen Teil der deutsch-deutschen Geschichte widerspiegelt: Wie fühlen Sie sich heute?

Gauck: Ich habe 50 Jahre lang unter Diktatoren gelebt. Das ist seit 1989 vorbei; ich bin glücklich und freue mich täglich, dass ich in Freiheit leben darf.

Interview: Graf von Hoenbroech
Quelle: www.freiewelt.net, 2009

A4

Lies dir den Interviewauszug genau durch und bearbeite dann die folgenden Fragen und Aufgaben:
a) Was meint Gauck mit „Apotheke gegen Nostalgie"?
b) Warum ist es wichtig, dass Jugendliche über die beiden Diktaturen der deutschen Geschichte Bescheid wissen?
c) Sei selbst ein Künstler und entwirf ein eigenes Plakat zum Thema „Deutsche Teilung – Deutsche Einheit". Versuche, Geschichte durch Worte und Bilder begreifbar werden zu lassen!

A5

„Es ist an uns, begreifen zu wollen, denn sonst bleibt Geschichte im Dunkeln und wirft Schatten auf unsere Zukunft. Dann gibt es auch keine Lehren, dann bleibt Geschichte folgenlos."
Prof. Heinz-Jürgen Kristhan, Universität der Künste Berlin

Lies dir das Zitat genau durch und überlege, was damit gemeint ist.
a) Erkennst du Unterschiede zur Haltung Gaucks?
b) Diskutiert, welche Lehren wir aus der Geschichte der deutschen Teilung und Wiedervereinigung ziehen können!

Alles war gut... und dann kam die Einheit

Deutsche Einheit bleibt ein Gewinn

Aus: „20 Jahre Deutsche Einheit“, Bundespresseamt, 2010

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung halten sich hartnäckig Gerüchte vom Rundum-Sorglos-Staat DDR. Manch einer erinnert sich an ein soziales Paradies: Es gab keine Arbeitslosen, man konnte billig einkaufen und war im Alter gut versorgt. Ist etwa durch die Wiedervereinigung plötzlich alles schlechter geworden?

Professor Dr. Eckhard Jesse von der Universität Chemnitz setzt sich für Euch mit diesen Mythen über die DDR und die Deutsche Einheit auseinander und erklärt, wie es wirklich war.

A1

Die „Deutsche Einheit bleibt ein Gewinn“ lautet das Fazit der Bundesregierung nach einem Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre. Bildet zwei Teams (Pro und Contra) und sammelt entweder Argumente für oder gegen diese Einschätzung. Jetzt seid ihr gerüstet für einen Debattier-Wettkampf: die besseren Argumente machen das Rennen!

Mythos 1

In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit. Die Wiedervereinigung ist schuld, dass die Menschen im Osten alle ihre Arbeit verloren.

Stimmt das?

In der DDR bestand offiziell zwar keine Arbeitslosigkeit, dafür aber eine verdeckte: die „Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz“. Das heißt, es wurden mehr Menschen beschäftigt, als für die Arbeit eigentlich nötig waren. Einige Menschen hatten an ihrem Arbeitslatz deshalb kaum etwas zu tun – ihr Geld bekamen sie trotzdem. Dem „Recht auf Arbeit“ entsprach eine „Pflicht zur Arbeit“. Die Sicherheit einer Arbeitsplatzgarantie wurde aber mit Entmündigung erkauft. In der DDR konnte nicht jeder seinen Beruf frei auswählen. Die staatliche „Berufslenkung“ bestimmte die Ausbildung und die Berufswahl.
Die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland – sie ist heute etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland – liegt nicht an der Deutschen Einheit, sondern geht vor allem auf das verfehlte Wirtschaftssystem vor 1990 zurück. Es war marode, ja bankrott. Die DDR hatte über ihre Verhältnisse gelebt. Strukturanpassungen und Entlassungen wurden aufgrund der massiv geringeren Produktivität unvermeidlich.

Mythos 2

In der DDR war alles sehr billig. Durch die Wiedervereinigung wurde plötzlich alles übertrieben teuer.

Stimmt das?

In der DDR war in der Tat vieles billig – im doppelten Sinn preisgünstig und einfach. Oft ließ die Qualität zu wünschen übrig. Deutlich wurde das beispielsweise an den Wohnverhältnissen. Ende der 1980er-Jahre besaß ein Viertel der Wohnungen noch kein Innen-WC! Der Verfall alter Wohnungen war offensichtlich.
Die Grundversorgung, also Nahrungsmittel für den Alltag oder Strom etc., waren wirklich sehr günstig. Aber nur, weil sie vom Staat so stark subventioniert wurden! Dieses Geld musste der Staat aber auch irgendwo einnehmen. Eine Möglichkeit bestand darin, andere Produkte teurer zu machen. Fernsehgeräte und Waschmaschinen galten als „Luxusgüter“, ebenso Genussmittel wie Bohnenkaffee. Ein „Waschvollautomat“ kostete mit knapp 3.000 Ost-Mark mehr als ein durchschnittliches Monatsgehalt!
In Wirklichkeit können sich die Menschen im Osten heute mehr leisten als früher: Die Kaufkraft in der DDR entsprach Ende der 1980er-Jahre nicht einmal der Hälfte derjenigen im Westen; heute liegt sie dagegen bei 80-85 Prozent.

Mythos 3

In der DDR waren alle gut versorgt, das Gesundheitswesen war besser und die Renten waren sicher. Seit der Wiedervereinigung muss man für seine Gesundheit draufzahlen und selbst fürs Alter vorsorgen.

Stimmt das?

In der DDR gab es zwar eine Mindestversorgung, aber Engpässe waren keineswegs ausgeschlossen. „Schlange stehen“ für begehrte Produkte war deshalb Alltag.
Die Altersversorgung fiel extrem niedrig aus. Die Durchschnitts-Rente lag 1988 in der DDR nur bei knapp einem Drittel des durchschnittlichen Brutto-Einkommens Vielen Rentnern ging es deshalb materiell schlecht. Im vermeintlichen Sozialstaat DDR stand das Wohl von Erwerbstätigen und Nachwuchsförderung im Vordergrund. Ein Rentner konnte nichts mehr zum Bruttosozialprodukt beitragen – deshalb wurde hier gespart.
Auch das Gesundheitssystem hatte große Mängel. Es gab zwar eine flächendeckende Versorgung, doch die Ausstattung mit Medikamenten und medizinisch-technischen Geräten war schlecht; teilweise fehlten sogar Betäubungsmittel.
Die Lebenserwartung im Osten ist in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen. Die Bundesrepublik ist jedoch kein Fürsorgestaat, sondern ein Vorsorgestaat. Das ist für viele Ostdeutsche eine Umstellung, die nicht immer leicht fällt.

A2

In der Erinnerung wird vieles verklärt. Es entwickeln sich Mythen und Gerüchte rund um historische Entwicklungen und schon entsteht der Eindruck „Früher war alles besser...“. Finde Beispiele für solche Klischees und gehe ihnen auf den Grund!

Bildnachweise

(Angaben je Seite von oben links nach unten rechts)

Seite 1:	44flavours (Foto)
Seite 3:	EU-Jugendparlament, 44flavours
Seite 4/5:	44flavours
Seite 6:	Robert-Havemann-Gesellschaft/Foto: Hans-Jürgen Röder, Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung/Fotobestand: Klaus Mehner 89_1104_POL-Demo_27, Robert-Havemann-Gesellschaft/Foto: Christian Schulz, Ullstein Bild
Seite 7:	Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung/Fotobestand: Uwe Gerig Nr. 5101, Bundesbildstelle, dpa Picture-Alliance
Seite 8:	dpa Picture-Alliance, Bundesarchiv 183-1990-0318-046 und 183-1990-0722-404, Ullstein Bild
Seite 9:	Ullstein Bild, Bundesarchiv 183-1990-0622-028, Ullstein Bild, dpa Picture-Alliance
Seite 10:	Robert-Havemann-Gesellschaft
Seite 11:	Archiv grünes Gedächtnis Berlin, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Seite 12:	Bundesarchiv SAMPO BArch SgY 20/69, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Seite 13:	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/Archiv des Liberalismus, Robert-Havemann-Gesellschaft
Seiten 14/15:	44flavours
Seite 18:	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Robert-Havemann-Gesellschaft, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bundesarchiv BArch Plak 100-060-014
Seite 19:	Bundesarchiv 183-1990-0318-046
Seite 21:	Wikimedia Commons (DM), KfW Bankengruppe (Ost-Mark)
Seite 23:	44flavours
Seite 24:	Helmut Jaçek
Seite 25:	Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung/Fotobestand: Uwe Gerig, 44flavours
Seite 26:	privat
Seite 28:	Alfred Steffen
Seite 29:	44flavours
Seite 32:	44flavours (Foto)

Links

Website der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:
www.stiftung-aufarbeitung.de

Zeitzeugenportal zum Thema Friedliche Revolution und Deutsche Einheit:
www.zeitzeugenportal8990.de

Website rund um die Jugendopposition in der ehemaligen DDR:
www.jugendopposition.de

Website der Bundesregierung zum Jubiläum Freiheit und Einheit:
www.freiheit-und-einheit.de

Website der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Deutschen Historischen Museums „Lebendiges Museum Online":
www.hdg.de/lemo

Website der Bundeszentrale für politische Bildung mit Dossiers zum Thema:
www.bpb.de

Deutsch-Deutsche Geschichte für die Schule und andere Bildungseinrichtungen:
www.deinegeschichte.de

Online-Portal zum Jugendwettbewerb rund um 60 Jahre Deutschland mit zahlreichen Beiträgen zu Mauerfall und Wiedervereinigung:
www.herzlichen-glückwunsch-deutschland.de

Publikationen

Grünbaum, R.: Deutsche Einheit. Ein Überblick von 1945 bis heute. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 2010. (Sachbuch)

Tellkamp, U.: Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2008. (Belletristik)

Die Deutsche Einheit: Erfolge, Probleme, Perspektiven. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH. Bestellbar unter www.stiftung-aufarbeitung.de oder www.fwu-shop.de. (DVD)

Der Beitritt – Die letzte Regierung der DDR. Heimatfilm GbR, Rundfunk Berlin-Brandenburg. Bestellbar unter www.stiftung-aufarbeitung.de. (DVD)

Zeitwende 1989/90: Von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH (FWU). Bestellbar unter www.fwu-shop.de. (DVD)

Lösungen zu den Arbeitsblättern

AB 3, S. 18 – A1
1c, 2b, 3d, 4a

AB 5/1, S. 20 – A2
Währungsunion: Umstellung der DDR-Währung auf DM;
Wirtschaftsunion: Freie Preisbildung, Abschaffung staatlicher Monopole, Einführung Umweltschutzanforderungen, Maßnahmen zur Strukturanpassung der Unternehmen; Sozialunion: Kündigungsschutzgesetz, Arbeitslosenversicherung, Betriebsverfassungsgesetz, Dynamische Rente, Koalitionsfreiheit

AB 6/2, S. 23 – A3
Leipzig, Erfurt

AB 8, S. 26 – A1
Reihenfolge: Bundesrepublik Deutschland, DDR, Berlin, Gebietsansprüche, Frieden, verzichtet, reduziert, Abzug, stationiert, inneren, äußeren

Impressum

Zeitbild Wissen „1989/90 Projekt Einheit", herausgegeben von der Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation GmbH, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, September 2010.

Gesamtherstellung: Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation GmbH, Kaiserdamm 20, 14057 Berlin, www.zeitbild.de

Verantwortlich für den Inhalt: Frank J. Richter

Gesamtkonzept: Frank J. Richter

Redaktion und Text: Meike Betz

Fachliche Beratung: Prof. Dr. Eckhard Jesse

Layout, Satz und Illustrationen: 44flavours, Berlin, www.44flavours.de

Druck: Schätzl Druck & Medien e. K., Donauwörth
Printed in Germany

Die enthaltenen Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Eine kommerzielle Nutzung ist nicht gestattet.

Wir erklären mit Hinblick auf die genannten Internet-Links, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der Seiten haben und uns die Inhalte nicht zu eigen machen.